

1970	Ausgegeben zu Bonn am 16. Juli 1970	Nr. 36
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
10. 7. 70	Gesetz zu dem Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969 zu dem am 21. Juli 1959 in Paris unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern	717
10. 7. 70	Gesetz zu dem Abkommen vom 17. September 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt	723
10. 7. 70	Gesetz zu dem Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg	726

**Gesetz
zu dem Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969
zu dem am 21. Juli 1959 in Paris unterzeichneten Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern**

Vom 10. Juli 1970

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 9. Juni 1969 unterzeichneten Revisionsprotokoll zu dem am 21. Juli 1959 in Paris unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 397) wird zugestimmt. Das Revisionsprotokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, das Abkommen vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsproto-

kolls vom 9. Juni 1969 nach Abstimmung mit dem Ministère de l'Economie et des Finances der Französischen Republik neu bekanntzumachen.

Artikel 3

(1) Der Betrag der in Artikel 3 des Revisionsprotokolls (Artikel 20 Abs. 1 Buchst. b) Unterabs. bb) Satz 3 des Abkommens in der Neufassung) angeführten Steuergutschrift gehört zu den Einkünften aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 Abs. 1 Ziff. 1 des Einkommensteuergesetzes, der gleichzeitig mit der gezahlten Dividende als zugeflossen gilt; § 20 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes bleibt unberührt. Der Betrag der Steuergutschrift wird nach Maßgabe des Artikels 20 Abs. 1 Buchst. b) Unterabs. bb) Satz 3 des Abkommens in der Neufassung und unter den dort genannten Voraussetzungen nur mit der deutschen Einkommen- oder Körperschaftsteuer verrechnet. Die Ergänzungsabgabe wird von dem Betrag der Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld errechnet, der sich vor Anrechnung der Steuergutschrift ergibt.

(2) Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Veranlagung nicht vorgesehen, so können unbeschränkt Steuerpflichtige die Veranlagung zur Anwendung des Artikels 20 Abs. 1 Buchst. b) Unterabs.

bb) des Abkommens in der Neufassung beantragen. Bei Steuerpflichtigen mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit finden in diesem Falle die Vorschriften des § 46 Abs. 2 Ziff. 8 Buchst. d und Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes sinngemäß Anwendung.

(3) Der Steuerpflichtige kann beantragen, daß die Besteuerung nicht unter Berücksichtigung der Regelung des Artikels 20 Abs. 1 Buchst. b) Unterabs. bb) des Abkommens in der Neufassung und des Absatzes 1 dieses Artikels stattfindet, sondern der Besteuerung der Bruttobetrag der Dividende ohne die Steuergutschrift zugrunde gelegt wird.

Artikel 4

(1) Soweit das Revisionsprotokoll auf Grund seines Artikels 7 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht seiner Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen. Ein Antrag nach Artikel 3 Abs. 2 dieses Gesetzes kann für Veranlagungszeiträume, die vor dem Zeitpunkt

des Inkrafttretens des Revisionsprotokolls liegen, noch innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten gestellt werden.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 7 Abs. 2 des Revisionsprotokolls für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Revisionsprotokoll in Kraft tritt, unter Berücksichtigung der jeweiligen französischen und deutschen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Revisionsprotokolls bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Revisionsprotokoll nach seinem Artikel 7 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1970

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Dr. Röder

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister der Finanzen
Möller

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Revisionsprotokoll
zu dem am 21. Juli 1959 in Paris unterzeichneten Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und
Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Avenant
à la convention signée à Paris le 21 juillet 1959
entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française
en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance
administrative et juridique réciproque en matière d'impôts
sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions
des patentes et de contributions foncières

IN DEM WUNSCH, im Rahmen der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder zu fördern und die steuerliche Belastung der Gewinne, die von den in einem der beiden Staaten ansässigen Gesellschaften erzielt und an in diesen Staaten ansässige Personen ausgeschüttet werden, soweit wie möglich einander anzunähern, sind der Präsident der Bundesrepublik Deutschland und der Präsident der Französischen Republik übereingekommen, gewisse Bestimmungen des am 21. Juli 1959 in Paris unterzeichneten Steuerabkommens zu ändern, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

**DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

den Bundesminister des Auswärtigen Willy Brandt
und den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium
Walter Grund

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
Seine Exzellenz den Französischen Botschafter
François Seydoux de Clausonne

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form
befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Artikel 8 des Abkommens wird durch die folgende
Bestimmung ersetzt:

Artikel 8

In der Bundesrepublik ansässige Gesellschaften, die in
Frankreich eine Betriebsstätte unterhalten, werden nicht
zur Ausschüttungsteuer (impôt de distribution) im Sinne
des Artikels 115 quinquies des Code général des Impôts
herangezogen."

Artikel 2

Artikel 9 des Abkommens wird wie folgt geändert:

a) Absatz (1) wird durch die folgende Bestimmung ersetzt:

„(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat an-
sässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertrags-
staat ansässige Person zahlt, können in dem anderen
Staat besteuert werden.“

b) Nach Absatz (2) werden die folgenden Absätze ein-
gefügt:

„(3) Von den Dividenden, die eine in der Bundes-
republik ansässige Person von einer in Frankreich
ansässigen Gesellschaft bezieht, deren Ausschüttungen
zu einer Steuergutschrift (avoir fiscal) berechtigten,
falls sie an eine in Frankreich ansässige Person
geleistet würden, wird abweichend von Absatz (2) die

DÉSIREUX, dans le cadre des relations entre les pays
membres de la Communauté économique européenne, de
favoriser le développement économique des deux pays
et de rapprocher, dans la mesure du possible, la charge
fiscale sur les bénéfices réalisés par des sociétés rési-
dents de l'un ou l'autre Etat qui sont distribués à des
résidents de chacun de ces Etats, le Président de la
République Française et le Président de la République
Fédérale d'Allemagne ont décidé de modifier en con-
séquence certaines dispositions de la convention fiscale
signée à Paris le 21 juillet 1959 et ont nommé à cet effet,
pour leurs plénipotentiaires:

**LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE**

le Ministre fédérale des Affaires Etrangères Willy Brandt
et le Secrétaire d'Etat au Ministère fédérale des Finances
Walter Grund

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
Son Excellence l'Ambassadeur de France
François Seydoux de Clausonne

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs
reconnus en bonne et due forme, sont convenus des
dispositions suivantes:

Article premier

L'Article 8 de la convention est remplacé par la dis-
position suivante:

Article 8

Les sociétés résidents de la République Fédérale qui
possèdent en France un établissement stable ne sont pas
soumises à l'impôt de distribution visé à l'article 115
quinquies du Code général des Impôts.

Article 2

L'article 9 de la convention est modifié de la façon
suivante:

a) Le paragraphe (1) est remplacé par la disposition
suivante:

„(1) Les dividendes payés par une société qui est
un résident d'un Etat contractant à un résident de
l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre
Etat.“

b) Après le paragraphe (2) sont insérés les paragraphes
suivants:

„(3) Par dérogation au paragraphe (2), les dividendes
payés à un résident de la République Fédérale par
une société résident de France, dont les distributions,
si elles étaient faites au profit d'une personne résident
de France, ouvriraient droit à un avoir fiscal, ne
donnent pas lieu au prélèvement de l'impôt français.“

französische Steuer nicht erhoben; diese Steuer ist mit der Regelung des Artikels 20 Absatz (1) Buchstabe b) Unterabsatz (bb) abgegolten.

(4) Dividenden, die eine in Frankreich ansässige Kapitalgesellschaft an eine in der Bundesrepublik ansässige Kapitalgesellschaft zahlt, der mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft gehören, können abweichend von den Absätzen (2) und (3) in Frankreich nicht besteuert werden. Die bei Zahlung dieser Dividenden gegebenenfalls erhobene Vorsteuer (précompte) wird der in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaft erstattet."

- c) Absatz (3) wird Absatz (5).
 d) Absatz (4) wird Absatz (6), und die dort enthaltene Bezugnahme auf Absatz (5) wird durch die Bezugnahme auf den neuen Absatz (7) ersetzt.
 e) Absatz (5) wird durch den nachstehenden neuen Absatz (7) ersetzt.
 „(7) Soweit Frankreich nach den Artikeln 4 und 6 das Recht zur Besteuerung von Gewinnen der in Artikel 4 Absatz (3) erwähnten Gesellschaften zusteht, können die aus diesen Gewinnen stammenden Einkünfte, die die französischen Gesetzesvorschriften als Dividenden ansehen, nach Absatz (2) dieses Artikels besteuert werden.“
 f) Absatz (6) wird Absatz (8), und die dort enthaltene Bezugnahme auf die Absätze (1) bis (3) wird durch die Bezugnahme auf die Absätze (1) bis (5) ersetzt.

Artikel 3

Artikel 20 des Abkommens wird durch die folgenden Bestimmungen ersetzt:

„ Artikel 20

(1) Bei Personen, die in der Bundesrepublik ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden vorbehaltlich der Buchstaben b) und c) die aus Frankreich stammenden Einkünfte und die in Frankreich gelegenen Vermögensteile ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Frankreich besteuert werden können. Diese Bestimmung schränkt das Recht der Bundesrepublik nicht ein, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.
 b) (aa) Auf Dividenden ist Buchstabe a) nur anzuwenden, wenn die Dividenden von einer in Frankreich ansässigen Kapitalgesellschaft an eine in der Bundesrepublik ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt werden, der mindestens 25 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft gehören. Diese Bestimmung gilt auch für Beteiligungen, deren Dividenden unter den vorstehenden Satz fallen würden.
 (bb) Dividenden, die nicht unter den vorstehenden Unterabsatz (aa) fallen und die von einer in Frankreich ansässigen, in Artikel 9 Absatz (3) angeführten Gesellschaft ausgeschüttet werden, sind wie folgt zu behandeln:

Die in der Bundesrepublik ansässige Person kommt in den Genuß der gleichen Steuergutschrift, die den in Frankreich ansässigen Personen im Zeitpunkt der Ausschüttung der Dividenden für Erträge gleicher Art gewährt wird; der Betrag dieser Steuergutschrift entspricht gegenwärtig der Hälfte der ausgeschütteten Dividende. Die Steuer-

cet impôt étant acquitté par le règlement visé à l'article 20 paragraphe (1) (b) (bb).

(4) Par dérogation aux paragraphes (2) et (3), les dividendes payés par une société de capitaux résident de France à une société de capitaux résident de la République Fédérale qui détient au moins 25 p. 100 du capital social de la première société ne peuvent pas être imposés en France. Le précompte éventuellement prélevé lors du versement de ces dividendes est remboursé à cette société de la République Fédérale.»

- c) Le paragraphe (3) devient le paragraphe (5).
 d) Le paragraphe (4) devient le paragraphe (6) et la référence qui y est faite au paragraphe (5) est remplacée par une référence au nouveau paragraphe (7).
 e) Le paragraphe (5) est remplacé par le nouveau paragraphe (7) ci-dessous.
 «(7) Dans la mesure où les dispositions des articles 4 et 6 confèrent à la France le droit d'imposer les bénéfices des sociétés mentionnées au paragraphe (3) de l'article 4, les revenus provenant de ces bénéfices, qui sont regardés comme des dividendes au sens de la législation française, sont imposables selon les dispositions du paragraphe (2) du présent article.»
 f) Le paragraphe (6) devient le paragraphe (8) et la référence qui y est faite aux paragraphes (1) à (3) est remplacée par une référence aux paragraphes (1) à (5).

Article 3

L'article 20 de la convention est remplacé par les dispositions suivantes:

« Article 20

(1) En ce qui concerne les résidents de la République Fédérale, la double imposition est évitée de la façon suivante:

- (a) Sous réserve des dispositions des alinéas (b) et (c), sont exclus de la base de l'imposition allemande les revenus provenant de France et les éléments de la fortune situés en France, qui, en vertu de la présente convention, sont imposables en France. Cette règle ne limite pas le droit de la République Fédérale de tenir compte, lors de la détermination du taux de ses impôts, des revenus et des éléments de la fortune ainsi exclus.
 (b) (aa) En ce qui concerne les dividendes, les dispositions de l'alinéa (a) ne sont applicables que dans le cas où les dividendes sont versés par une société de capitaux résident de France à une société de capitaux résident de la République Fédérale qui détient au moins 25 p. 100 du capital social de la première société. Sont également soumises à cette règle, les participations dont les dividendes tomberaient sous le coup de la phrase précédente.
 (bb) Les dividendes non visés au sous-alinéa (aa) ci-dessus et distribués par une société résident de France, visée à l'article 9 paragraphe (3), sont soumis au régime suivant:

le résident de la République Fédérale bénéficie d'un avoir fiscal égal à celui qui est accordé aux résidents de France au moment de la distribution des dividendes pour des produits de même nature; le montant de cet avoir fiscal correspond actuellement à la moitié du dividende distribué. Cet avoir fiscal qui constitue

gutschrift, die für den Empfänger einen zusätzlichen Ertrag darstellt, wird für die Bestimmung der deutschen Steuerbemessungsgrundlage dem Betrag der ausgeschütteten Dividende hinzugerechnet. Die Steuergutschrift wird auf die deutsche Steuer angerechnet, die auf die so erhöhte Dividende entfällt. Soweit die Steuergutschrift diese deutsche Steuer übersteigt, wird der Mehrbetrag erstattet, sofern er nicht mit der deutschen Steuer verrechnet werden kann, die auf andere Einkünfte entfällt.

Der französische Fiskus erstattet dem deutschen Fiskus einen Betrag in Höhe dieser Steuergutschrift; der französische Fiskus zieht indessen von diesem Betrag einen Betrag ab, der der Abzugsteuer entspricht, die zum Satz vom 15 vom Hundert von dem aus der Dividende und der Steuergutschrift gebildeten Gesamtbetrag errechnet wird. Bei einer Steuergutschrift in Höhe der Hälfte der ausgeschütteten Dividende beläuft sich gegenwärtig der vom französischen Fiskus zu leistende Erstattungsbeitrag auf 27,5 vom Hundert dieser Dividende.

- c) Die französische Steuer, die nach diesem Abkommen von den aus Frankreich stammenden, nicht unter Buchstabe b) fallenden Dividenden und in Artikel 11 erwähnten Einkünften erhoben wird, wird auf die deutsche Steuer angerechnet, die auf diese Einkünfte entfällt.

Die in Artikel 9 Absatz (7) angeführten Einkünfte gelten für die Anwendung dieses Buchstabens nicht als Dividenden.

- (2) Bei Personen, die in Frankreich ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der französischen Steuer werden vorbehaltlich der Buchstaben b) und c) die aus der Bundesrepublik stammenden Einkünfte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik besteuert werden können. Diese Bestimmung schränkt jedoch das Recht Frankreichs nicht ein, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung seines Steuersatzes zu berücksichtigen.
- b) Die deutsche Steuer, die nach Artikel 9 Absatz (2) von den aus der Bundesrepublik stammenden Dividenden erhoben wird, wird auf die vom Empfänger dieser Einkünfte geschuldete französische Steuer angerechnet. Der etwaige Mehrbetrag wird dem Steuerpflichtigen nach dem im französischen Steuerrecht für die Steuergutschrift vorgesehenen Verfahren erstattet.
- c) Die nach Artikel 11 Absatz (2) von den dort angeführten Einkünften erhobene deutsche Steuer wird auf den Teil der französischen Steuer angerechnet, der auf diese Einkünfte entfällt."

Artikel 4

Dem Artikel 26 des Abkommens wird der folgende Absatz hinzugefügt:

„(3) Die zuständigen Behörden werden sich darüber verständigen, daß die in den Artikeln 8, 9 und 20 dieses Abkommens vorgesehenen Maßnahmen nicht Personen zugute kommen, die nicht in der Bundesrepublik ansässig sind.“

Artikel 5

In das Abkommen wird der folgende Artikel eingefügt:

„Artikel 30a

- (1) Die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates sind verpflichtet, den zuständigen Behörden des anderen

un revenu supplémentaire pour le bénéficiaire est ajouté au montant du dividende distribué pour la détermination de la base de l'imposition allemande. L'avoir fiscal est imputé sur l'impôt allemand afférent au dividende ainsi majoré. Dans la mesure où l'avoir fiscal excède cet impôt allemand, l'excédent est remboursé lorsqu'il ne peut pas être compensé par l'impôt allemand afférent à d'autres revenus. Le Trésor français rembourse au Trésor allemand un montant égal à cet avoir fiscal; cependant le Trésor français déduit de ce montant une somme correspondant à la retenue à la source calculée au taux de 15 p. 100 sur le total composé du dividende et de l'avoir fiscal. Sur la base d'un avoir fiscal égal à la moitié du dividende distribué, le montant du remboursement à effectuer par le Trésor français s'établit actuellement à 27,5 p. 100 de ce même dividende.

- (c) L'impôt français perçu conformément à la présente convention sur les dividendes autres que ceux visés à l'alinéa (b) ci-dessus ainsi que sur les revenus visés à l'article 11 qui proviennent de France est imputé sur l'impôt allemand afférent à ces mêmes revenus.

Les revenus mentionnés au paragraphe (7) de l'article 9 ne sont pas considérés comme des dividendes pour l'application du présent alinéa.

- (2) En ce qui concerne les résidents de France, la double imposition est évitée de la façon suivante:

- (a) Sous réserve des dispositions des alinéas (b) et (c), sont exclus de la base de l'imposition française les revenus provenant de la République Fédérale, qui, en vertu de la présente convention, sont imposables en République Fédérale. Cette règle ne limite cependant pas le droit de la France de tenir compte, lors de la détermination du taux de ses impôts, des revenus ainsi exclus.
- (b) L'impôt allemand perçu conformément aux dispositions de l'article 9 paragraphe (2) sur les dividendes provenant de la République Fédérale est imputé sur l'impôt français dû par le bénéficiaire de ces produits. L'excédent éventuel est remboursé au contribuable selon les modalités prévues par la législation fiscale française en matière d'avoir fiscal.
- (c) L'impôt allemand perçu conformément aux dispositions de l'article 11 paragraphe (2) sur les produits visés dans cette disposition est imputé sur la part de l'impôt français afférent aux mêmes produits.»

Article 4

Il est ajouté à l'article 26 de la convention le paragraphe suivant:

« (3) Les autorités compétentes s'entendent pour que les mesures prévues aux articles 8, 9 et 20 de la présente convention ne bénéficient pas à des personnes qui ne seraient pas résidents de la République Fédérale.»

Article 5

Il est inséré dans la convention l'article suivant:

« Article 30^{bis}

- (1) Les autorités compétentes de chaque Etat contractant sont tenues d'informer les autorités compétentes

Staates die Änderungen mitzuteilen, die in ihren Rechtsvorschriften über die Besteuerung der Gesellschaften und der Ausschüttungen eingetreten sind. Diese Mitteilung soll nach Verkündung dieser Änderungen gegeben werden.

(2) Die Vertragsstaaten werden sich miteinander ins Benehmen setzen, um bei den Bestimmungen dieses Abkommens die Änderungen herbeizuführen, die infolge der im vorstehenden Absatz (1) angeführten Änderungen notwendig werden.

Artikel 6

Dieses Revisionsprotokoll gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach seinem Inkrafttreten eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

(1) Dieses Revisionsprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Paris ausgetauscht werden.

(2) Das Revisionsprotokoll tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft; von seinen Bestimmungen sind erstmals anzuwenden:

Artikel 1 auf die für das Wirtschaftsjahr 1968 zu erhebenden Steuern der in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaften, die in Frankreich eine Betriebsstätte haben;

die Artikel 2 und 3 auf die Steuern, die in Frankreich und in der Bundesrepublik von den ab 1. Januar 1968 zahlbaren Dividenden zu erheben sind.

Artikel 8

Dieses Revisionsprotokoll ist Bestandteil des Abkommens vom 21. Juli 1959 und bleibt ebenso lange in Kraft, wie das Abkommen anzuwenden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Revisionsprotokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn, am 9. Juni 1969 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Brandt
Grund

Für die
Französische Republik

F Seydoux

de l'autre Etat des modifications apportées à leur législation fiscale respective dans le domaine de l'imposition des sociétés et des revenus distribués. Cette information doit être donnée dès la promulgation de ces modifications.

(2) Les Etats contractants se concerteront pour apporter aux dispositions de la présente convention les aménagements qui seraient rendus nécessaires par les modifications visées au paragraphe (1) ci-dessus.

Article 6

Le présent avenant s'appliquera également au Land Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Française dans les trois mois qui suivent son entrée en vigueur.

Article 7

(1) Cet avenant sera ratifié et les instruments de ratification seront échangés à Paris dans le plus bref délai.

(2) L'avenant entrera en vigueur à la date de l'échange des instruments de ratification; ses dispositions s'appliqueront pour la première fois:

— en ce qui concerne l'article 1^{er}, aux impôts exigibles au titre de l'exercice 1968 des sociétés résidents de la République Fédérale qui ont un établissement stable en France;

— en ce qui concerne les articles 2 et 3, aux impôts exigibles tant en France qu'en République Fédérale sur les dividendes mis en paiement depuis le 1^{er} janvier 1968.

Article 8

Le présent avenant fait partie intégrante de la convention du 21 juillet 1959 et restera en vigueur aussi longtemps que la convention sera applicable.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux Etats ont signé le présent avenant et y ont apposé leur sceau.

FAIT à Bonn, le 9 juin 1969 en deux originaux, chacun en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Pour la
République Fédérale d'Allemagne

Pour la
République Française

Gesetz
zu dem Abkommen vom 17. September 1968
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt

Vom 10. Juli 1970

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rom am 17. September 1968 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 4 Abs. 3 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht seiner Anwendung die Rechtskraft bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Artikels 4 Abs. 3 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuer mehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1970

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Dr. Röder

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister der Finanzen
Möller

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt

Accordo
tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana
per impedire la doppia imposizione in materia di imposte dirette derivanti
dall'esercizio di imprese della navigazione aerea

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE ITALIENISCHE REPUBLIK

LA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA
e la
REPUBBLICA ITALIANA

IN DEM WUNSCH, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt zu vermeiden,

NELL'INTENTO di impedire la doppia imposizione in materia di imposte dirette, derivanti dall'esercizio di imprese della navigazione aerea,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

HANNO CONVENUTO QUANTO SEGUE:

Artikel 1

(1) Die Vorschriften der Artikel 4, 11 Ziffer 1 Buchstabe c) und 12 Absatz 2 Buchstabe c) des Abkommens zwischen dem Deutschen Reiche und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern vom 31. Oktober 1925 über die Besteuerung der Einkünfte aus dem Betrieb von Unternehmungen der Seeschifffahrt und von Vermögen, das aus solchen Unternehmungen besteht, gelten auch für die Einkünfte aus dem Betrieb von Unternehmungen der Luftfahrt und von Vermögen, das aus solchen Unternehmungen besteht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Beteiligung an einem Pool, an einer Betriebsgemeinschaft oder an einer internationalen Betriebsgesellschaft.

(3) Für die Anwendung dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betrieb von Unternehmungen der Luftfahrt“ den Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr durch den Eigentümer oder den Mieter der Luftfahrzeuge und umfaßt die Charterflüge, den Verkauf von Flugkarten für andere Unternehmen sowie alle Tätigkeiten, einschließlich der Tätigkeit durch Agenturen, die unmittelbar mit dem Betrieb von Luftfahrzeugen zusammenhängen.

Artikel 2

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 3

Dieses Abkommen bildet einen integrierenden Bestandteil des in Artikel 1 aufgeführten Abkommens vom 31. Oktober 1925. Es bleibt so lange in Kraft, bis das Abkommen vom 31. Oktober 1925 von einer der beiden Vertragsparteien gemäß Artikel 19 gekündigt wird.

Artikel 4

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Articolo 1

1) Le norme contemplate dagli articoli 4, 11, numero 1, lettera c) e 12, secondo comma, lettera c) della Convenzione del 31 ottobre 1925 fra l'Italia e la Germania per impedire le doppie imposizioni e risolvere altre questioni in materia di imposte dirette, concernenti le imposizioni sui redditi derivanti dall'esercizio di imprese della navigazione marittima e dal patrimonio costituito da tali imprese, trovano la loro applicazione anche ai redditi derivanti dall'esercizio di imprese della navigazione aerea, nonché al reddito del patrimonio costituito dalle medesime.

2) Il numero 1) del presente articolo si applica anche nei confronti della partecipazione ad un pool, ad un esercizio in comune o ad un organismo internazionale di esercizio.

3) La definizione „esercizio di imprese della navigazione aerea“ significa, nell'applicazione del presente Accordo, l'esercizio attuato nel traffico aereo internazionale da parte di proprietari o di noleggiatori di aerei e comprende i voli charter, la vendita di biglietti per voli aerei per conto di altre imprese, nonché ogni altra attività, inclusa l'attività effettuata da agenzie, semprechè sia direttamente connessa con l'esercizio della navigazione aerea.

Articolo 2

Il presente Accordo è valido anche per il Land di Berlino, a meno che il Governo della Repubblica Federale di Germania non rilasci al Governo della Repubblica Italiana una dichiarazione contraria entro tre mesi dall'entrata in vigore del presente Accordo.

Articolo 3

Il presente Accordo forma parte integrante della Convenzione del 31 ottobre 1925, di cui all'art. 1. Esso resterà in vigore sino a quando la Convenzione del 31 ottobre 1925 non verrà denunciata da una delle due Parti contraenti secondo il disposto dell'art. 19.

Articolo 4

1) Il presente Accordo è soggetto a ratifica; gli strumenti di ratifica saranno scambiati a Bonn il più presto possibile.

2) Il presente Accordo entrerà in vigore un mese dopo il giorno dello scambio degli strumenti di ratifica.

(3) Dieses Abkommen ist auch auf die Steuern anzuwenden, die ab dem 1. Januar 1957 erhoben werden.

3) Il presente Accordo sarà applicato anche ai tributi dovuti dal 1 gennaio 1957.

GESCHIEHEN zu Rom am 17. September 1968 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FATTO a Roma il 17 settembre 1968 in quadruplica originale, due in lingua tedesca e due in lingua italiana, tutti e quattro i testi facendo ugualmente fede.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Herwarth

Per la Repubblica Federale di Germania
Herwarth

Für die Italienische Republik
Franco Malfatti

Per la Repubblica Italiana
Franco Malfatti

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 4. Juli 1969
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg
und Neuburgweier/Lauterburg**

Vom 10. Juli 1970

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 4. Juli 1969 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts auf die in Artikel 10 Abs. 2 des Vertrages bezeichneten Umsätze sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltenden Baustellen und Bauwerke als Inland, die als französisches Hoheitsgebiet geltenden Baustellen und Bauwerke als Ausland anzusehen.

(2) Für die Anwendung des deutschen Verbrauchssteuer- und Monopolrechts auf die in Artikel 10 Abs. 2 des Vertrages bezeichneten Warenbewegungen sind die als deutsches Hoheitsgebiet geltenden Baustellen und Bauwerke als zum Erhebungs- oder Monopolgebiet gehörend, die als französisches Hoheitsgebiet geltenden Baustellen und Bauwerke als außerhalb des Erhebungs- oder Monopolgebiets befindlich anzusehen.

(3) Vermögen und Einkünfte, für die auf Grund des Artikels 10 Abs. 5 des Vertrages bei der Anwendung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 397) im Falle der Staustufe Hhezheim das Besteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland zufällt, gelten für die unter dieses Abkommen fallenden Steuern bei der Anwendung des deutschen Steuerrechts als im Inland belegenes Vermögen und als im Inland erzielte Einkünfte.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 20 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1970

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Dr. Röder

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister für Verkehr
Leber

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Der Bundesminister der Finanzen
Möller

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg
und Neuburgweier/Lauterburg

Convention
entre la République fédérale d'Allemagne et la République Française
au sujet de l'aménagement du Rhin entre Kehl/Strasbourg
et Neuburgweier/Lauterbourg

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
PRÄSIDENT DER GEMEINSCHAFT

VON DEM WUNSCH GELEITET, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Geiste der europäischen Zusammenarbeit fortzusetzen und ihre Wirtschaftsbeziehungen zu fördern,

IN DER ERKENNTNIS, daß es im Interesse beider Staaten liegt, den Rhein zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg gemeinsam auszubauen und zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen,

HABEN ZU IHREN BEVOLLMÄCHTIGTEN ERNANNT:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Willy Brandt,
Bundesminister des Auswärtigen;

Der Präsident der Französischen Republik
Herrn Maurice Schumann,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

diese haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befindenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart:

Kapitel I
Grundsätze des Ausbaues

Artikel 1

Bestimmung der Bauwerke

(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik bauen nach Maßgabe der folgenden Artikel gemeinsam

- die Staustufe Gamsheim mit einem Querdamm im Strombett, einem beweglichen Wehr auf dem deutschen Ufer, einer Schleusengruppe und einem Kraftwerk auf dem französischen Ufer, Seitendämmen, Seitengraben sowie den erforderlichen Nebenanlagen,
- die Staustufe Iffezheim mit einem Querdamm im Strombett, einem beweglichen Wehr auf dem französischen Ufer, einer Schleusengruppe und einem Kraftwerk auf dem deutschen Ufer, Seitendämmen, Seitengraben sowie den erforderlichen Nebenanlagen,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE
et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
PRÉSIDENT DE LA COMMUNAUTÉ,

DÉSIREUX de poursuivre les relations amicales entre les deux Etats dans l'esprit de la coopération européenne et d'encourager leurs relations économiques,

AYANT RECONNU l'intérêt pour les deux Etats de procéder en commun à un aménagement du cours du Rhin entre Kehl/Straßburg et Neuburgweier/Lauterbourg et de conclure, à cet effet, une Convention,

ONT NOMMÉ POUR LEURS PLÉNIPOTENTIAIRES:

Le Président de la République fédérale d'Allemagne,
M. Willy Brandt,
Ministre des Affaires Étrangères

Le Président de la République Française,
Président de la Communauté,
M. Maurice Schumann,
Ministre des Affaires Étrangères

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Chapitre I
Principes généraux de l'aménagement

Article 1

Définition des ouvrages

(1) La République fédérale d'Allemagne et la République Française aménageront en commun, dans les conditions prévues aux articles ci-après:

- la chute de Gamsheim au moyen d'un barrage fixe dans le lit du fleuve, d'un barrage mobile sur la rive allemande, d'un groupe d'écluses et d'une usine hydro-électrique sur la rive française, de digues latérales, de contre-canaux ainsi que des ouvrages annexes nécessaires,
- la chute d'Iffezheim au moyen d'un barrage fixe dans le lit du fleuve, d'un barrage mobile sur la rive française, d'un groupe d'écluses et d'une usine hydro-électrique sur la rive allemande, de digues latérales de contre-canaux ainsi que des ouvrages annexes nécessaires,

den Rhein unterhalb der Staustufe Iffezheim aus, um die Erosion des Rheinbettes und ein damit verbundenes Absinken des Wasserspiegels des Rheins zu verhindern oder zu beheben und um in diesem Abschnitt Schifffahrtsbedingungen zu gewährleisten, die hinsichtlich der Fahrwassertiefe mindestens denjenigen gleichwertig sind, welche durch den Ausbau des Rheins zwischen Neuburgweier Lauterburg und St. Goar erreicht werden.

(2) Die technischen Merkmale der Bauwerke der beiden Staustufen sind in der Anlage I bestimmt.

(3) Bezüglich des Ausbaues des Rheins unterhalb der Staustufe Iffezheim sehen die Vertragsparteien eine fortschreitende Panzerung des Rheinbettes (Sohlenpanzerung) und ergänzende Maßnahmen zur Vertiefung des Fahrwassers vor. Sie untersuchen gemeinsam die technischen Möglichkeiten dazu. Sollten die Untersuchungen über die Sohlenpanzerung erweisen, daß das gesteckte Ziel nicht erreicht werden kann, so vereinbaren die Vertragsparteien andere geeignete Maßnahmen. In jedem Falle werden die technischen Merkmale der erforderlichen Bauwerke später in einer besonderen Übereinkunft festgelegt.

Artikel 2

Bedingungen für den Ausbau

(1) Der in Artikel 1 bestimmte Ausbau ist so durchzuführen, daß im Bereich der beiden Staustufen nachteilige Veränderungen weder des derzeitigen Grundwasserspiegels noch der Abflußverhältnisse der Altrheine und der Nebenflüsse eintreten. Die Arbeiten dürfen keine ernstliche Behinderung der Schifffahrt verursachen. Die Belange der Wasserwirtschaft, der Landeskultur und der Fischerei sind zu wahren. Ferner wird, soweit irgend möglich, den Erfordernissen des Schutzes der Landschaft Rechnung getragen.

(2) Der Ausbau wird so ausgeführt, daß sich die Bauwerke der beiden Staustufen zur Errichtung von festen Straßenübergängen für den öffentlichen Verkehr eignen. Die Mehrkosten für den Ausbau selbst und für die Errichtung dieser Übergänge sowie die Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung der Straßenanlagen werden von den Vertragsparteien nach dem Abkommen vom 30. Januar 1953 über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze getragen. Durch die zusätzlichen Arbeiten darf das Bauprogramm nach Artikel 18 nicht verzögert werden.

Artikel 3

Bauherrschaft

(1) Die Französische Republik errichtet die in Anlage I beschriebenen Bauwerke der Staustufe Gamsheim mit Ausnahme des Kraftwerkes und seiner Nebenanlagen.

Die Bundesrepublik Deutschland errichtet die in Anlage I beschriebenen Bauwerke der Staustufe Iffezheim mit Ausnahme des Kraftwerkes und seiner Nebenanlagen.

(2) Für jede der beiden Staustufen errichtet die Vertragspartei, die Bauherr ist, auch die durch die neuen hydraulischen Verhältnisse bedingten Schutz- und Anpassungsbauwerke für die vom Ausbau betroffenen Verkehrswege, Hafenbecken, Lade- und Löschstellen, Werftanlagen sowie für andere bestehende Anlagen, soweit sich diese flußseits der Seitengraben oder, wo solche fehlen, flußseits des landseitigen Dammfußes befinden.

le cours du Rhin à l'aval de la chute d'Iffezheim en vue, d'une part d'éviter l'érosion du lit et l'abaissement corrélatif du plan d'eau du Rhin ou d'y remédier, d'autre part d'assurer dans ce secteur des conditions de navigation au moins équivalentes, en ce qui concerne le mouillage, à celles qui seront atteintes par l'aménagement du Rhin entre Neuburgweier Lauterbourg et Saint Goar.

(2) Les caractéristiques techniques des ouvrages des deux chutes sont définies à l'annexe I à la présente Convention.

(3) En ce qui concerne l'aménagement du cours du Rhin à l'aval de la chute d'Iffezheim, les Parties Contractantes envisagent un pavage progressif du lit du Rhin ainsi que les mesures complémentaires pour améliorer le mouillage. Elles étudient en commun les possibilités techniques de ces mesures. Au cas où les études sur le pavage du lit révéleraient que les objectifs recherchés ne peuvent pas être atteints, les Parties Contractantes conviendront d'autres mesures appropriées. Dans chaque cas les caractéristiques techniques des ouvrages nécessaires seront définies ultérieurement par un Accord particulier.

Article 2

Conditions de l'aménagement

(1) L'aménagement défini à l'article 1 de la présente Convention devra être réalisé de manière à n'apporter, dans la zone des deux chutes, aucune modification défavorable, ni de l'état actuel de la nappe phréatique, ni des conditions d'écoulement des vieux bras du Rhin et de ses affluents. Les travaux ne devront entraîner aucune gêne grave pour la navigation. Les intérêts de l'économie hydraulique, de l'agriculture et de la pêche devront être préservés. En outre dans toute la mesure du possible, il sera tenu compte de la protection du paysage.

(2) L'aménagement sera exécuté de telle manière que les ouvrages des deux chutes se prêtent à la réalisation de passages routiers fixes, ouverts à la circulation publique. Les dépenses supplémentaires pour l'aménagement lui-même et pour la construction de tels passages, ainsi que les dépenses pour l'entretien et le renouvellement des installations routières seront supportées par les Parties Contractantes, conformément à l'Accord relatif aux ponts fixes et bacs sur le Rhin, à la frontière germano-française, en date du 30 janvier 1953. Ces travaux complémentaires ne devront entraîner aucun retard dans le programme d'aménagement tel qu'il est prévu à l'article 18 ci-après de la présente Convention.

Article 3

Maîtrise de l'œuvre

(1) La République Française réalisera les ouvrages de la chute de Gamsheim décrits à l'annexe I à la présente Convention, à l'exclusion de l'usine hydroélectrique et de ses ouvrages annexes.

La République fédérale d'Allemagne réalisera les ouvrages de la chute d'Iffezheim décrits à l'annexe I à la présente Convention, à l'exclusion de l'usine hydroélectrique et de ses ouvrages annexes.

(2) Pour chacune des deux chutes, la Partie Contractante maître d'œuvre construira également les ouvrages de protection et d'adaptation nécessités par les nouvelles conditions hydrauliques pour les moyens de communication, les darses, les postes de chargement ou de déchargement et les chantiers navals concernés par l'aménagement ainsi que pour d'autres installations existantes, situées côté fleuve, soit des contre-ranoux soit, à défaut, du pied côté terre des digues latérales.

(3) Für den Hafen Kehl ist die Bundesrepublik Deutschland, für den Hafen Straßburg ist die Französische Republik der Bauherr.

(4) Jede Vertragspartei erstellt in ihrem Hoheitsgebiet die durch den Ausbau bedingten schadenverhütenden Einrichtungen landseits der Seitengraben oder, wo solche fehlen, landseits der Seitendämme sowie die Bauwerke für Wasserentnahmen und -einleitungen. Die Pläne der Bauwerke für Wasserentnahmen und -einleitungen bedürfen der Zustimmung des Bauherrn der jeweiligen Staustufe; dieser beaufsichtigt ihre Ausführung, es sei denn er wird aufgefordert, sie selbst auszuführen.

(5) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Ausführung der ihr obliegenden Bauarbeiten unter ihrer Verantwortung einem Dritten zu übertragen; sie hat jedoch die andere Vertragspartei hiervon zu unterrichten.

(6) Das Kraftwerk Gamsheim und seine Nebenanlagen werden von einer von den Vertragsparteien konzessionierten Gesellschaft französischen Rechts errichtet, deren Gesellschaftskapital je zur Hälfte von einem deutschen und einem französischen Gesellschaftspartner aufgebracht wird.

Das Kraftwerk Iffezheim und seine Nebenanlagen werden von einer von den Vertragsparteien konzessionierten Gesellschaft deutschen Rechts errichtet, deren Gesellschaftskapital je zur Hälfte von einem deutschen und einem französischen Gesellschaftspartner aufgebracht wird.

(7) Die rechtlichen Verhältnisse der Gesellschaften sind in der Anlage II bestimmt. Die Bestimmungen über die wasserrechtlichen Bewilligungen sind in der Anlage III aufgeführt.

(8) Die Ausführung der Bauarbeiten im Rheinbett unterhalb der Staustufe Iffezheim wird Gegenstand einer Übereinkunft zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien sein.

Artikel 4

Finanzierung der Bauarbeiten

(1) Die Kosten der Bauarbeiten für die in der Anlage I genannten Bauwerke, mit Ausnahme derjenigen für die Kraftwerke und ihre Nebenanlagen, werden je zur Hälfte von den Vertragsparteien getragen. Zu diesen Kosten gehören auch die Kosten für die Schutz- und Anpassungsmaßnahmen nach Artikel 3 Absatz 2. Die Zahlungen sind von den Vertragsparteien entsprechend dem Baufortschritt nach Maßgabe des nachstehenden Absatzes 2 zu leisten.

(2) Während der Bauarbeiten an den Staustufen Gamsheim und Iffezheim legt jede Vertragspartei der anderen am Ende jedes Kalenderjahres ein Bauprogramm für die Staustufe vor, für die sie Bauherr ist, sowie einen Finanzierungsplan für das nächste Jahr und einen Kostenvoranschlag für das übernächste Jahr. Jede Vertragspartei

zahlt der anderen am Ende jedes der drei ersten Kalendervierteljahre ein Achtel des im Finanzierungsplan für das laufende Jahr vorgesehenen Gesamtbetrages, der jedoch um den Beitrag der Gesellschaften für das genannte Jahr vermindert wird,

wird zu Beginn des folgenden Kalenderjahres von der anderen Vertragspartei über die Kosten unterrichtet, die diese während des abgelaufenen Jahres aufgewandt hat,

(3) La République fédérale d'Allemagne sera maître d'œuvre pour le port de Kehl, la République Française pour le port de Strasbourg.

(4) Chaque Partie Contractante réalisera sur son territoire les installations destinées à éviter des dommages pouvant résulter de l'aménagement, côté terre, soit des contre-canaux soit, à défaut, des digues latérales ainsi que les ouvrages de prise ou de rejet d'eau. Les projets des ouvrages de prise ou de rejet d'eau seront soumis à l'agrément du maître d'œuvre de la chute correspondante; celui-ci en surveillera l'exécution, à moins qu'il ne soit appelé à les exécuter lui-même.

(5) Chaque Partie Contractante se réserve le droit de confier, sous sa responsabilité, l'exécution des travaux lui incombant à un tiers de son choix; elle devra néanmoins en informer l'autre Partie Contractante.

(6) L'usine hydroélectrique de Gamsheim et ses ouvrages annexes seront construits par une Société concessionnaire des Parties Contractantes placée sous un régime de droit français et dont le capital social sera souscrit par moitié par un associé français et un associé allemand.

L'usine hydroélectrique d'Iffezheim et ses ouvrages annexes seront construits par une Société concessionnaire des Parties Contractantes placée sous un régime de droit allemand et dont le capital social sera souscrit par moitié par un associé allemand et un associé français.

(7) Les dispositions concernant le statut juridique des Sociétés concessionnaires figurent à l'annexe II à la présente Convention. Les dispositions concernant les concessions de forces hydrauliques figurent à l'annexe III à la présente Convention.

(8) L'exécution des travaux qui seront entrepris dans le lit du Rhin à l'aval de la chute d'Iffezheim fera l'objet d'un Accord entre les Administrations compétentes des Parties Contractantes.

Article 4

Financement des travaux

(1) Les dépenses résultant des travaux de construction des ouvrages visés à l'annexe I à la présente Convention, à l'exception de celles correspondant aux usines hydroélectriques et à leurs ouvrages annexes, seront supportées, pour moitié, par chacune des Parties Contractantes. Ces dépenses comprennent également celles relatives aux installations de protection et d'adaptation visées à l'article 3, paragraphe (2), de la présente Convention. Les règlements de ces dépenses seront effectués par chacune des Parties Contractantes, au fur et à mesure de l'avancement des travaux, conformément au paragraphe (2) du présent article.

(2) Pendant les travaux d'aménagement des chutes de Gamsheim et d'Iffezheim, chacune des Parties Contractantes soumettra à l'autre, au terme de chaque année calendaire, un programme des travaux pour la chute dont elle est maître d'œuvre et un plan de financement pour l'année suivante, ainsi qu'une estimation des dépenses pour l'année qui suit celle-ci. Chaque Partie Contractante:

— versera à l'autre, à la fin de chacun des trois premiers trimestres, une somme égale au huitième de l'estimation totale, prévue par le plan de financement de l'année en cours; toutefois cette estimation sera diminuée de la contribution des Sociétés concessionnaires pour ladite année;

— sera informée par l'autre, au début de l'année calendaire suivante, des dépenses réellement supportées par celle-ci au cours de l'année écoulée;

— zahlt der anderen innerhalb von vier Wochen nach der Unterrichtung den Unterschiedsbetrag zwischen der Hälfte dieser Kosten, vermindert um den für das betreffende Jahr geleisteten Beitrag der Gesellschaften, und der Summe der drei oben genannten Zahlungen; eine etwaige Überzahlung wird bei der nächsten Vierteljahreszahlung ausgeglichen.

(3) Sobald die Arbeiten zum Ausbau jeder Staustufe abgeschlossen und vollständig bezahlt sind, übermittelt jede Vertragspartei der anderen eine vollständige und aufgegliederte Aufstellung ihrer Ausgaben. Die Vertragsparteien nehmen auf der in Absatz 1 angegebenen Grundlage und unter Berücksichtigung der alljährlich vorgenommenen vorläufigen Zahlungen die endgültige Zahlung vor.

(4) Die Kosten für den Ausbau des Rheins unterhalb der Staustufe Iffezheim (Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 4) tragen die Vertragsparteien entsprechend dem Fortschritt der Bauarbeiten zu gleichen Teilen.

Bezüglich der Maßnahmen zum Schutz gegen die Erosion des Rheinbettes gilt die gleiche Regelung, soweit die Kosten nicht wesentlich den Betrag überschreiten, den die Vertragsparteien für eine Sohlenpanzerung mit 90 000 000 DM = 111 083 850 FF geschätzt haben, verteilt auf einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren. Eine wesentliche Überschreitung dieses Betrages ist dann anzunehmen, wenn die geschätzten Kosten 100 000 000 DM = 123 426 500 FF übersteigen.

Ergeben die nach Artikel 1 Absatz 3 eingeleiteten Untersuchungen, daß der Kostenvoranschlag 100 000 000 DM = 123 426 500 FF übersteigt, so verständigen sich die Vertragsparteien erneut über die Kostenverteilung.

(5) Die Vertragsparteien tragen zu gleichen Teilen die Kosten der Vorarbeiten und Untersuchungen, die nach Unterzeichnung dieses Vertrages nach Artikel 1 Absatz 3 einvernehmlich durchgeführt werden.

(6) Die Kosten für Einrichtungen zum Schutz und zur Anpassung des Hafens Kehl trägt die Bundesrepublik Deutschland, die des Hafens Straßburg die Französische Republik.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten der schadenverhütenden Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet und übernimmt die an deren Stelle tretenden Entschädigungen sowie die Kosten der in ihrem Hoheitsgebiet liegenden Bauwerke für Wasserentnahmen und -einleitungen.

(8) Die Baukosten der Kraftwerke und ihrer Nebenanlagen werden von der jeweiligen Gesellschaft getragen. Jede Gesellschaft beteiligt sich ferner an den Baukosten der übrigen Bauwerke, indem sie an jede Vertragspartei einen Beitrag zahlt; die Höhe des Beitrags und die Zahlungsweise sind in der Anlage III bestimmt.

(9) Sollte durch den Ausbau des Rheins unterhalb der Staustufe Iffezheim die Erzeugung elektrischer Energie in diesem Kraftwerk unter den der Berechnung des Beitrages der Gesellschaft zugrunde gelegten Wert absinken, so werden die Vertragsparteien mit der Gesellschaft im Falle ihrer Schädigung Art und Höhe der Entschädigung unter Berücksichtigung der in beiden Staaten geltenden gesetzlichen Bestimmungen prüfen.

— versera à l'autre, dans un délai de quatre semaines à compter de cette communication des dépenses, la différence entre la moitié de ces dépenses diminuées de la contribution des Sociétés concessionnaires pour l'année considérée et la somme des trois versements visés ci-dessus; le trop perçu éventuel sera pris en compte lors du versement trime striel suivant.

(3) Dès que les travaux d'aménagement de chaque chute seront achevés et intégralement payés, chacune des Parties Contractantes communiquera à l'autre un relevé complet et détaillé de ses dépenses. Les Parties Contractantes procéderont alors à un règlement définitif sur les bases définies au paragraphe (1) du présent article, compte tenu des règlements provisoires intervenus chaque année.

(4) Les dépenses relatives à l'aménagement du cours du Rhin à l'aval de la chute d'Iffezheim (article 1, paragraphe (1) 4^{me} alinéa, de la présente Convention) seront supportées à parts égales par les Parties Contractantes au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

En ce qui concerne les mesures de protection contre l'érosion du lit du Rhin, la même règle sera appliquée pour autant que les dépenses ne dépasseront pas sensiblement le montant que les Parties Contractantes ont évalué pour un pavage à 90.000.000 deutschmark soit 111.083.850 francs, répartis sur 15 à 20 ans. Le dépassement de ce montant sera considéré comme sensible si l'évaluation des dépenses excède 100.000.000 deutschmark soit 123.426.500 francs.

Si les études entreprises conformément à l'article 1, paragraphe (3), de la présente Convention révèlent que le devis des travaux excède 100.000.000 deutschmark soit 123.426.500 francs, les Parties Contractantes se concerteront à nouveau sur la répartition des dépenses.

(5) Les Parties Contractantes supporteront à parts égales les dépenses relatives aux travaux préparatoires et aux études qui, à compter de la date de signature de la présente Convention, seront entrepris d'un commun accord conformément à l'article 1, paragraphe (3), de la présente Convention.

(6) La République fédérale d'Allemagne supportera les dépenses relatives aux installations de protection et d'adaptation du port de Kehl, la République Française celles relatives au port de Strasbourg.

(7) Chaque Partie Contractante supportera les dépenses afférentes aux ouvrages destinés à protéger son territoire des dommages pouvant résulter de l'aménagement et prendra à sa charge les indemnités éventuelles destinées à réparer de tels dommages ainsi que les dépenses relatives aux ouvrages de prise ou de rejet d'eau situés sur son territoire.

(8) Les dépenses de construction de chaque usine hydroélectrique et de ses ouvrages annexes seront supportées par la Société concessionnaire concernée. Chacune des deux Sociétés participera en outre aux dépenses de construction des autres ouvrages de l'aménagement, en versant à chacune des Parties Contractantes une contribution dont le montant et les modalités de versement sont définis à l'annexe III à la présente Convention.

(9) Au cas où l'aménagement du Rhin à l'aval de la chute d'Iffezheim aurait pour effet de réduire la production d'énergie électrique de cette usine en dessous de la valeur retenue pour le calcul de la contribution forfaitaire du concessionnaire, les Parties Contractantes examineront avec le concessionnaire, dans le cas où il aurait subi un préjudice, le montant et les modalités de son dédommagement compte tenu de la législation en vigueur dans chaque Etat.

(10) Die Zahlungen zwischen den Vertragsparteien für die Ausgaben nach Absatz 1 und die Beitragszahlungen nach Absatz 8 werden für die Staustufe Gamsheim in Französischen Franken, für die Staustufe Ilfzheim in Deutscher Mark geleistet.

(11) Als Grundlage für die Berechnung der in Absatz 4 dieses Artikels und in Absatz 5 der Anlage III aufgeführten Beträge dienen die am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages geltenden, beim Internationalen Währungsfonds angemeldeten Währungsparitäten. Daraus ergibt sich

— für 100 DM der Gegenwert von 123,4265 FF
— für 100 FF der Gegenwert von 81,0199 DM.

Bei jeder Änderung des Verhältnisses der oben aufgeführten Paritäten zueinander wird die Berechnung der vorgenannten Beträge entsprechend angepaßt.

Bei einer Abwertung einer der beiden Währungen werden die vorgenannten, in der abgewerteten Währung festgesetzten Beträge entsprechend erhöht.

Bei einer Aufwertung einer der beiden Währungen im Vergleich zu der oben aufgeführten Parität werden die vorgenannten, in der anderen Währung festgesetzten Beträge entsprechend erhöht.

Kapitel II

Unterhaltung, Erneuerung und Betrieb

Artikel 5

Unterhaltung und Erneuerung

(1) Vorbehaltlich der anderen Bestimmungen dieses Artikels unterhält und erneuert jede Vertragspartei die in ihrem Hoheitsgebiet liegenden Bauwerke, jedoch die von der anderen Vertragspartei errichteten Bauwerke erst vom Zeitpunkt der endgültigen Übernahme an.

(2) Die Unterhaltung und Erneuerung des Querdammes des beweglichen Wehres sowie im beiderseits angrenzenden Bereich von je 200 m nach ober- und unterstrom, gerechnet von der Wehrachse, jedoch ausschließlich des Seitengrabens, obliegen der Vertragspartei, welche die Staustufe errichtet hat.

(3) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Unterhaltung und Erneuerung des beweglichen Wehres unter ihrer Verantwortung der Gesellschaft des angrenzenden Kraftwerks zu übertragen; sie hat die andere Vertragspartei hiervon zu unterrichten. In jedem Falle hat die betreffende Gesellschaft die Kosten der Unterhaltung und Erneuerung des beweglichen Wehres zu tragen.

(4) Die Gesellschaften unterhalten und erneuern die von ihnen errichteten Anlagen.

(5) Die Unterhaltung und Erneuerung der Bauwerke unterhalb der Staustufe Ilfzheim werden in der nach Artikel 1 Absatz 3 zu treffenden Übereinkunft geregelt.

Artikel 6

Betrieb

(1) Die Schiffsanlagen werden von der Vertragspartei betrieben, in deren Hoheitsgebiet sie liegen.

(2) Jede Gesellschaft betreibt die von ihr errichteten Kraftwerksanlagen.

(10) Le règlement entre les Parties Contractantes des dépenses visées au paragraphe (1) du présent article et des contributions visées au paragraphe (8) du présent article sera effectué en francs pour la chute de Gamsheim et en deutschmark pour la chute d'Ilfzheim.

(11) Serviront de base pour le calcul des montants figurant au paragraphe (4) du présent article et au paragraphe (5) de l'annexe III les parités en vigueur à la date de la signature de la présente Convention et déclarées au Fonds Monétaire International.

Il s'en suit:

— pour 100 deutschmark la contrevaieur de 123,4265 francs
— pour 100 francs la contrevaieur de 81,0199 deutschmark.

Toute modification dans le rapport des parités définies ci-dessus provoquera un rajustement correspondant du calcul des montants visés ci-dessus.

Dans le cas de dévaluation de l'une des deux monnaies les montants précités stipulés dans la monnaie dévaluée seront majorés à due concurrence.

Dans le cas de réévaluation de l'une des deux monnaies par rapport à la parité définie ci-dessus, les montants précités stipulés dans l'autre monnaie seront majorés à due concurrence.

Chapitre II

Entretien, renouvellement et exploitation

Article 5

Entretien et renouvellement

(1) Sous réserve des autres dispositions du présent article, chaque Partie Contractante assurera l'entretien et le renouvellement des ouvrages établis sur son territoire, mais, seulement à compter de la date de leur réception définitive, pour ceux d'entre eux construits par l'autre Partie Contractante.

(2) L'entretien et le renouvellement concernant le barrage fixe, le barrage mobile et une zone de 200 m de large à l'amont et à l'aval de l'axe du barrage à l'exception du contre-canal, incomberont à la Partie Contractante qui a aménagé la chute.

(3) Chaque Partie Contractante se réserve le droit de confier sous sa responsabilité, l'entretien et le renouvellement du barrage mobile à la Société concessionnaire de l'usine limitrophe; elle devra en informer l'autre Partie Contractante. Dans tous les cas, la Société concessionnaire concernée devra supporter les dépenses d'entretien et de renouvellement du barrage mobile.

(4) Les Sociétés concessionnaires assureront l'entretien et le renouvellement des ouvrages qu'elles auront construits.

(5) L'entretien et le renouvellement des ouvrages construits à l'aval de la chute d'Ilfzheim seront réglés dans l'Accord à intervenir conformément à l'article 1, paragraphe (3), de la présente Convention.

Article 6

Exploitation

(1) Les ouvrages de navigation seront exploités par la Partie Contractante sur le territoire de laquelle ils seront situés.

(2) Chaque Société concessionnaire exploitera les ouvrages hydroélectriques qu'elle aura construits.

(3) Der Betrieb der beweglichen Wehre richtet sich nach einer Regelung, welche die Vertragsparteien nach Anhören der betreffenden Gesellschaft für jede Staustufe gemeinsam treffen. Diese Regelung hat die Bedürfnisse der Energiegewinnung zu berücksichtigen, jedoch den Erfordernissen der Hochwasser- und Eisabführung sowie denen der Schifffahrt Vorrang zu geben.

(4) Die Vertragsparteien können der jeweiligen Gesellschaft den Betrieb der beweglichen Wehre ganz oder teilweise überlassen. Sie behalten sich auch in diesem Falle das Recht vor, zum Zwecke der Spülung des Ober- und des Unterwassers die beweglichen Wehre im Benehmen mit der jeweiligen Gesellschaft für kurze Zeit betätigen zu lassen. In jedem Falle hat die jeweilige Gesellschaft die Kosten des Betriebs des beweglichen Wehres zu tragen.

Kapitel III

Erzeugung von elektrischer Energie

Artikel 7

Aufteilung der elektrischen Energie

(1) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß die natürliche Wasserkraft des Rheins zwischen Kehl/Strasbourg und Neuburgweier/Lauterbourg jeder von ihnen zur Hälfte zusteht.

(2) Die von jedem Kraftwerk erzeugte elektrische Energie wird von den Gesellschaften nach Befriedigung des Eigenbedarfs der Anlagen jeder Staustufe und eines etwaigen Bedarfs nach Artikel 8 je zur Hälfte ihren beiden Gesellschaftspartnern geliefert. Die Lieferungen und der Transport an den Gesellschaftspartner, der seinen Sitz im anderen Staat hat, erfolgen frei von allen Zöllen, Steuern und Beschränkungen des öffentlichen Rechts, so daß diese elektrische Energie unbelastet von jeder Abgabe in den anderen Staat ausgeführt werden kann.

(3) Nimmt der Gesellschaftspartner, der seinen Sitz im anderen Staat hat, den ihm nach Absatz 2 zustehenden Anteil an elektrischer Energie nicht in Anspruch, so wird dieser von der produzierenden Gesellschaft an den anderen Gesellschaftspartner geliefert. Auf diese Lieferungen und deren Weiterlieferungen durch den anderen Gesellschaftspartner sind die steuerlichen Vorschriften anzuwenden, die in dem Staat gelten, in dem die Lieferungen stattfinden. Der dem erstgenannten Gesellschaftspartner für diese Lieferungen gewährte Ausgleich wird umsatzsteuerrechtlich nicht als Gegenleistung für eine Leistung angesehen.

Artikel 8

Entschädigung der Erzeuger elektrischer Energie aus Wasserkraftnutzung

Jede der beiden Gesellschaften hat die Erzeuger elektrischer Energie aus Wasserkraftnutzung am Rhein und seinen Nebenflüssen, denen durch den Bau der Staustufen Gamsheim und Iffezheim die Möglichkeit dieser Wasserkraftnutzung genommen ist, in natura oder durch Geld zu entschädigen. Die Modalitäten dieser Entschädigung werden in den Konzessionsurkunden festgelegt.

Kapitel IV

Hochwasserschutz

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien schließen möglichst bald auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse der Hochwasser-Studienkommission für den Rhein eine Übereinkunft über

(3) L'exploitation des barrages mobiles se fera conformément à un règlement que les Parties Contractantes établiront en commun pour chaque chute, après avoir entendu la Société concessionnaire concernée. Ce règlement devra tenir compte des besoins de la production d'énergie, tout en accordant la priorité aux nécessités de l'évacuation des crues et des glaces ainsi qu'à celles de la navigation.

(4) Les Parties Contractantes pourront confier tout ou partie de l'exploitation de chaque barrage mobile à la Société concessionnaire concernée. Même dans ce cas les Parties Contractantes se réservent le droit de faire manœuvrer les barrages, après consultation de la dite Société concessionnaire, pour des périodes brèves, afin de créer des courants de chasse à l'amont et à l'aval. Dans tous les cas la dite Société concessionnaire devra supporter les charges d'exploitation du barrage mobile.

Chapitre III

Production d'énergie électrique

Article 7

Répartition de l'énergie

(1) Les Parties Contractantes sont d'accord pour admettre que la force motrice naturelle du Rhin entre Kehl-Strasbourg et Neuburgweier/Lauterbourg revient par moitié à chacune d'elles.

(2) Après satisfaction des besoins propres aux installations de chaque chute et des besoins éventuels visés à l'article 8 de la présente Convention, l'énergie électrique produite par chaque usine sera livrée par les Sociétés concessionnaires par moitié à leurs deux associés. Les livraisons d'énergie électrique à l'associé qui a son siège dans l'autre Etat et le transport de cette énergie, auront lieu en franchise de tous droits, taxes et restrictions de droit public, de sorte que cette énergie puisse être exportée dans l'autre Etat en exemption de toute charge.

(3) Si l'associé qui a son siège dans l'autre Etat ne prend pas la part d'énergie à laquelle il a droit en vertu du paragraphe (2) du présent article, celle-ci sera livrée par la Société productrice à l'autre associé. Cette livraison ainsi que les livraisons de cette part d'énergie faites par ce dernier associé seront soumises au régime fiscal de droit commun en vigueur dans l'Etat où ces livraisons auront lieu. La compensation accordée au premier associé pour cette livraison ne sera pas considérée au regard des taxes sur le chiffre d'affaires comme la contrepartie d'une prestation de services.

Article 8

Indemnisation des producteurs d'énergie hydroélectrique

Chaque Société concessionnaire sera tenue d'indemniser en nature ou en espèces les producteurs d'énergie hydroélectrique du Rhin et de ses affluents qui se trouveront privés, du fait de l'aménagement des chutes de Gamsheim et d'Iffezheim, de la possibilité d'utiliser cette force motrice. Les modalités de cette indemnisation seront fixées par les actes de concession.

Chapitre IV

Protection contre les crues

Article 9

(1) Sur la base des résultats des travaux de la Commission d'études des crues du Rhin, les Parties Contractantes conclueront aussitôt que possible un Accord sur

die zu treffenden Hochwasserschutzmaßnahmen und über die Aufteilung der hierdurch entstehenden Kosten, unter Berücksichtigung der Beteiligungen jeglicher Art, die von den anderen betroffenen Staaten zu erwarten sind.

(2) Ohne den Abschluß der Übereinkunft nach Absatz 1 abzuwarten, treffen die Vertragsparteien sofort alle geeigneten Vorkehrungen, damit die zwischen Basel und Ilfzheim liegenden Bauwerke so betrieben werden, daß die Hochwasserspitzen unterhalb der Staustufe Ilfzheim soweit wie möglich abgeflacht werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien wirken bei der Aufstellung und Anwendung der hierfür erforderlichen Betriebsanweisungen unmittelbar zusammen.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß in ihrem Hoheitsgebiet Gelände für die Hälfte der zum Abflachen der Hochwasserspitzen noch zurückzuhaltenden Wassermengen verfügbar bleibt. Diese Regelung greift nicht der Übereinkunft nach Absatz 1 über die Aufteilung der Kosten vor.

Kapitel V

Wirtschafts-, Zoll- und Steuerfragen

Artikel 10

(1) Die Vergabe von Arbeiten und die Aufträge für die Lieferung von Baustoffen, Rohstoffen und Geräten werden soweit wie möglich und zu im wesentlichen gleichen wirtschaftlichen Bedingungen gleichmäßig zwischen den beiden Staaten aufgeteilt.

(2) Während der Bauarbeiten und bis zur endgültigen Übernahme der Bauwerke nach Artikel 5 Absatz 1 gelten hinsichtlich der indirekten Steuern und Zölle und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechtes die Baustellen und Bauwerke

-- der Staustufe Gamsheim als französisches Hoheitsgebiet,

-- der Staustufe Ilfzheim als deutsches Hoheitsgebiet,

soweit es sich um Warenlieferungen und Leistungen handelt, die für die Kraftwerke Gamsheim oder Ilfzheim und für die Anlagen der Staustufen bestimmt sind, deren Bauherr nach Artikel 3 Absätze 1 und 2 die Bundesrepublik Deutschland oder die Französische Republik ist.

Das gleiche gilt für die Unterhaltung und die Erneuerung der in Artikel 5 Absätze 2 und 4 angeführten Bauwerke sowie für den Betrieb der in Artikel 6 Absätze 2 und 3 angeführten Bauwerke.

(3) Jede Vertragspartei bewilligt frei von Eingangsabgaben die vorübergehende Einfuhr von Geräten, Werkzeugen und deren Ersatzteilen, die aus dem anderen Staat stammen oder sich in dessen Hoheitsgebiet im freien Verkehr befinden und für die Bauarbeiten, die Unterhaltung, die Erneuerung und den Betrieb der Bauwerke erforderlich sind.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten sich jede notwendige Unterstützung hinsichtlich der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Regelung der Absätze 2 und 3.

Die französischen Beamten sind berechtigt, sich auf dem gesamten Gebiet der Baustellen und Bauwerke der Staustufe Gamsheim aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den französischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

les mesures à prendre pour la protection contre les crues et sur la répartition des dépenses qui en résulteront, compte tenu des participations de toute nature à attendre des autres Etats concernés.

(2) Sans attendre la conclusion de l'Accord visé au paragraphe (1) du présent article, les Parties Contractantes prendront immédiatement toutes dispositions appropriées pour que les ouvrages situés entre Bale et Ilfzheim soient exploités de manière à écarter, dans toute la mesure du possible, les crues à laval de la chute d'Ilfzheim. Les Administrations compétentes des Parties Contractantes coopéreront directement à l'établissement et à l'application des consignes d'exploitation nécessaires à cette fin.

(3) Chacune des Parties Contractantes veillera à ce que restent disponibles sur son territoire les terrains permettant de retenir la moitié des volumes d'eau encore nécessaires à l'écrêtement des crues. Cette disposition ne préjuge en rien la répartition des dépenses prévues dans l'Accord visé au paragraphe (1) du présent article.

Chapitre V

Questions économiques, douanières et fiscales

Article 10

(1) Dans toute la mesure du possible et à conditions économiques sensiblement égales, les marchés de travaux et les commandes de matériaux, de matières premières et de matériels seront répartis également entre les deux Etats.

(2) Pendant les travaux et jusqu'à la réception définitive des ouvrages visée à l'article 5, paragraphe (1), de la présente Convention, les chantiers et ouvrages seront réputés situés du point de vue fiscal, douanier et de la réglementation du commerce extérieur,

-- en territoire français, pour la chute de Gamsheim,

-- en territoire allemand, pour la chute d'Ilfzheim,

dans la mesure où il s'agit de fournitures de marchandises et d'opérations destinées aux usines de Gamsheim ou d'Ilfzheim, et aux installations de ces chutes dont la République fédérale d'Allemagne ou la République Française ont la maîtrise d'œuvre en vertu de l'article 3 paragraphes (1) et (2), de la présente Convention.

Ces dispositions seront également applicables à l'entretien et au renouvellement des ouvrages visés à l'article 5, paragraphes (2) et (4), de la présente Convention, ainsi qu'à l'exploitation des ouvrages visés à l'article 6, paragraphes (2) et (3), de la présente Convention.

(3) Chacune des Parties Contractantes admettra temporairement en suspension des taxes applicables à l'importation les matériels, outillages et leurs pièces de rechange originaires de l'autre Etat ou en libre pratique sur son territoire, nécessaires à l'exécution des travaux, à l'entretien, au renouvellement et à l'exploitation des ouvrages.

(4) Pour l'application des paragraphes (2) et (3) du présent article, les Administrations fiscales et douanières compétentes se concerteront et se prêteront toute l'assistance nécessaire en vue de l'application de leurs législations et réglementations nationales.

Les fonctionnaires français pourront circuler sur toute l'étendue du chantier et des ouvrages de la chute de Gamsheim et y appliquer les mesures prévues par la législation et la réglementation françaises.

Die deutschen Beamten sind berechtigt, sich auf dem gesamten Gebiet der Baustellen und Bauwerke der Staustufe Iffezheim aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

Die Behörden des einen Staates sind jedoch nicht berechtigt, Angehörige des anderen Staates in dessen Hoheitsgebiet festzunehmen.

(5) Während der Bauarbeiten und bis zur endgültigen Übernahme der Bauwerke nach Artikel 5 Absatz 1 gelten Grundstücke und Bauwerke, ferner die dort für Bau-, Unterhaltungs- oder Erneuerungszwecke unterhaltenen Einrichtungen (einschließlich insbesondere der Bau- und Montagestellen) sowie die dort ausgeübte nichtselbständige Tätigkeit bei der Anwendung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern — Doppelbesteuerungsabkommen — in ihrer Gesamtheit als wie folgt gelegen oder ausgeübt:

— im Falle der Staustufe Gamsheim in französischem Hoheitsgebiet,

— im Falle der Staustufe Iffezheim in deutschem Hoheitsgebiet,

soweit sie den Kraftwerken Gamsheim oder Iffezheim oder denjenigen Anlagen der Staustufen dienen, deren Bauherr nach Artikel 3 Absätze 1 und 2 die Französische Republik oder die Bundesrepublik Deutschland ist.

Das gleiche gilt für die Zeit des Betriebs, soweit es sich um die genannten Kraftwerke oder um diejenigen Anlagen der Staustufen handelt, deren Unterhaltung, Erneuerung und Betrieb den Vertragsparteien oder den Gesellschaften obliegen oder den letzteren übertragen sind.

Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung dieses Absatzes auftreten, werden im Rahmen der Artikel 25, 26 und 27 des Doppelbesteuerungsabkommens beseitigt.

Sollte das Doppelbesteuerungsabkommen geändert oder durch ein neues Abkommen ersetzt werden, so gelten die Bezugnahmen auf das genannte Abkommen als Bezugnahmen auf das neue Abkommen.

(6) Die Vertragsparteien werden den auf Grund dieses Vertrages entstehenden Transfer von Mitteln zwischen den beiden Staaten weder behindern noch besteuern.

(7) Die Vertragsparteien erheben von den Gesellschaften weder Wasserzins noch Gebühren, die sie in Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Nutzung der Wasserkraft des Rheins erheben könnten.

(8) Die Vertragsparteien verständigen sich, wenn notwendig, über die Anwendung jeder von einer von ihnen getroffenen Maßnahme allgemeiner Art, die eine Änderung ihrer jeweiligen Lage hinsichtlich der Anwendung dieses Artikels zur Folge haben würde. Dieser Fall wäre insbesondere dann gegeben, wenn eine Vertragspartei Abgaben einführen würde, die bei Unterzeichnung dieses Vertrages nicht bestanden haben.

De même, les fonctionnaires allemands pourront circuler sur toute l'étendue du chantier et des ouvrages de la chute d'Iffezheim et y appliquer les mesures prévues par la législation et la réglementation allemandes.

Il ne pourra toutefois être procédé par l'Administration d'un Etat à l'arrestation de ressortissants de l'autre Etat sur le territoire de ce dernier.

(5) Pendant les travaux et jusqu'à la réception définitive des ouvrages visée à l'article 5, paragraphe (1), de la présente Convention, les biens immobiliers et ouvrages ainsi que toutes les installations (y compris en particulier les chantiers de construction et les ateliers de montage) qui y sont établies pour leur construction, leur entretien ou leur renouvellement, et tout travail dépendant qui y est exercé, seront, pour l'application de la Convention du 21 juillet 1959 entre la République fédérale d'Allemagne et la République Française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproques en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de Contributions des patentes et de contributions foncières — Convention de double imposition —, réputés situés ou exercés entièrement,

— en territoire français, dans le cas de la chute de Gamsheim,

— en territoire allemand, dans le cas de la chute d'Iffezheim,

dans la mesure où ils se rapportent aux usines de Gamsheim ou d'Iffezheim, ainsi qu'aux installations des chutes dont la République fédérale d'Allemagne ou la République Française ont la maîtrise d'œuvre en vertu de l'article 3, paragraphes (1) et (2), de la présente Convention.

Ces mêmes dispositions seront applicables pendant la période d'exploitation dans la mesure où il s'agira des dites usines ainsi que des installations des chutes dont l'entretien, le renouvellement et l'exploitation seront soit assurés par les Parties Contractantes ou les Sociétés concessionnaires soit transférés à ces dernières.

Les difficultés ou les doutes auxquels l'application du présent paragraphe pourrait donner lieu, seront résolus dans le cadre des articles 25, 26 et 27 de la Convention de double imposition.

Dans le cas où la Convention de double imposition viendrait à être modifiée ou remplacée par une nouvelle Convention, la référence à ladite Convention sera considérée comme se rapportant à la nouvelle Convention.

(6) Les Parties Contractantes n'opposeront aucune entrave et ne préleveront aucune taxe à l'occasion des transferts de fonds entre les deux Etats résultant des dispositions de la présente Convention.

(7) Les Parties Contractantes ne percevront ni droits d'eau, ni redevances pouvant être imposés aux Sociétés concessionnaires en application de la législation et de la réglementation relatives à l'utilisation de l'énergie hydraulique du Rhin.

(8) Les Parties Contractantes se concerteront en cas de besoin sur l'application de toute mesure d'ordre général prise par l'une d'elles et qui conduirait à modifier leur situation respective dans l'application du présent article. Une telle mesure pourrait être en particulier l'instauration par l'une d'elles de droits et taxes n'existant pas à la date de la signature de la présente Convention.

Kapitel VI Durchführungsbestimmungen

Artikel 11

Inanspruchnahme von Gelände

Jede Vertragspartei stellt der anderen rechtzeitig das Gelände zur Verfügung, das diese vorübergehend oder ständig für die Untersuchungen und Vorarbeiten sowie den Bau und Betrieb der nach diesem Vertrag zu errichtenden Bauwerke benötigt.

Artikel 12

Wasserentnahmen

Die Vertragsparteien stimmen sich untereinander ab, bevor sie Entnahmen von Wasser aus dem Rhein im Bereich der beiden Staustufen, insbesondere für Zwecke der Wasserwirtschaft, Landeskultur, Fischerei und Industrie gestatten.

Artikel 13

Verwaltungsfragen

(1) Die Vertragsparteien verständigen sich hinsichtlich der Entwürfe und der Durchführung der Bauarbeiten.

(2) Bau und Betrieb der Bauwerke unterliegen dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie errichtet werden, soweit nicht dieser Vertrag etwas anderes bestimmt.

(3) In den auf die Baumaßnahmen anzuwendenden behördlichen Verfahren handelt jede Vertragspartei, soweit erforderlich, für die andere und wahrt deren Belange in ihrem Hoheitsgebiet.

(4) Die Bescheide in den zur Durchführung der Baumaßnahmen nach Artikel 1 erforderlichen Verfahren sind aufeinander abzustimmen und möglichst gleichzeitig zu erlassen, insbesondere, wenn sie beide Vertragsparteien betreffen.

(5) Die Entwürfe werden, sobald sie aufgestellt sind, laufend der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt mitgeteilt.

Artikel 14

Ständige Kommission

(1) Es wird eine Ständige Kommission aus Delegierten der Vertragsparteien gebildet. Jeder Delegation können je nach Bedarf Sachverständige zur Seite stehen. Außerdem kann die Ständige Kommission die Gesellschaften auffordern, sich durch Sachverständige vertreten zu lassen.

(2) Die Ständige Kommission hat

1. die Anwendung dieses Vertrages zu verfolgen, insbesondere
 - die Pläne zur Errichtung der Bauwerke zu prüfen,
 - die behördlichen Verfahren zu verfolgen und für die Abstimmung der Bescheide zu sorgen,
 - die Autführung von Bauleistungen und Lieferungen abzustimmen,
 - die Bauarbeiten aufeinander abzustimmen,
 - sich zu vergewissern, daß Bau und Betrieb der Bauwerke den genehmigten Plänen und Richtlinien entsprechen,
 - die Fragen der Unterhaltung und Erweiterung der Bauwerke zu prüfen.

Chapitre VI Dispositions d'exécution

Article 11

Occupation des terrains

Chaque Partie Contractante mettra en temps voulu, à la disposition de l'autre, les terrains qui lui sont nécessaires soit à titre temporaire, soit à titre définitif, pour les études et travaux préparatoires, la construction et l'exploitation des ouvrages à réaliser en application de la présente Convention.

Article 12

Prélèvements d'eau

Les Parties Contractantes se concerteront avant d'autoriser des prélèvements d'eau dans le Rhin, dans le secteur des deux chutes, notamment pour les besoins de l'économie hydraulique, de l'agriculture, de la pêche et de l'industrie.

Article 13

Régime administratif

(1) Les Parties Contractantes se concerteront au sujet des projets et de l'exécution des travaux.

(2) Sauf dispositions contraires de la présente Convention, la construction et l'exploitation des ouvrages seront soumises au droit de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle ils seront implantés.

(3) En ce qui concerne les procédures administratives applicables aux ouvrages, chaque Partie Contractante agira en tant que de besoin pour le compte de l'autre et sauvegardera, sur son territoire, les intérêts de celle-ci.

(4) Les décisions à intervenir dans le cadre des procédures administratives nécessaires pour la réalisation des aménagements visés à l'article 1 de la présente Convention devront être harmonisées et autant que possible prises simultanément, notamment si elles concernent les deux Parties Contractantes.

(5) Au fur et à mesure de leur établissement, les projets seront communiqués sans délai à la Commission Centrale pour la navigation du Rhin.

Article 14

Commission permanente

(1) Une Commission permanente composée de délégués des Parties Contractantes sera constituée. Chaque délégué pourra se faire assister d'experts en tant que de besoin. En outre la Commission permanente pourra demander aux Sociétés concessionnaires de se faire représenter par des experts.

(2) La Commission permanente devra:

- 1 -- suivre l'application de la présente Convention, notamment:
 - vérifier les projets d'exécution des ouvrages,
 - suivre les procédures administratives et veiller à la coordination des décisions,
 - coordonner la répartition des marchés de travaux et de fournitures,
 - coordonner les travaux de construction,
 - s'assurer que la construction et l'exploitation des ouvrages sont conformes aux projets et consignes qu'elle a approuvés,
 - examiner les questions relatives à l'entretien et au renouvellement des ouvrages,

- zu den Unterlagen für die finanzielle Regelung nach Artikel 4 Stellung zu nehmen,
 - die Erfassung des in Artikel 9 Absatz 3 bezeichneten Geländes abzustimmen,
 - die in Artikel 12 vorgesehene Abstimmung vorzunehmen,
2. zu den Plänen zur Errichtung von Bauwerken in den Abschnitten des Rheins und seiner Nebenflüsse, soweit sie durch die Stauwirkungen beeinflusst sind, Stellung zu nehmen,
3. alle zweckdienlichen Empfehlungen zu erteilen.

(3) Die Ständige Kommission tritt nach Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich, zusammen. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung selbst.

(4) Die Beschlüsse der Ständigen Kommission werden in gegenseitigem Einvernehmen der beiden Delegationen gefaßt.

(5) Die Ständige Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung und unterbreitet sie den Vertragsparteien zur Genehmigung.

- donner son avis sur les pièces relatives aux règlements financiers visés à l'article 4 de la présente Convention,
 - coordonner le recensement des terrains visés à l'article 9, paragraphe (3), de la présente Convention,
 - procéder à la concertation prévue à l'article 12 de la présente Convention.
- 2 — donner son avis sur les projets d'établissement d'ouvrages dans les secteurs du Rhin et de ses affluents influencés par les retenues.
- 3 — faire toutes recommandations utiles.

(3) La Commission permanente se réunira en tant que de besoin, mais au moins une fois par an. Chaque Partie Contractante supportera les frais afférents à sa représentation.

(4) Les décisions de la Commission permanente seront prises d'un commun accord par les deux délégations.

(5) La Commission permanente établira son règlement intérieur et le soumettra à l'approbation des Parties Contractantes.

Kapitel VII Grenzfragen

Artikel 15

(1) Die Festlegung der Grenze im Rhein und auf den Querdämmen ist Gegenstand einer besonderen Übereinkunft der Vertragsparteien.

(2) Die Mitglieder der Ständigen Kommission und die mit der technischen Überwachung, dem Betrieb und der Unterhaltung der Bauwerke beauftragten Personen haben zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben das Recht, die Grenze auf dem Querdamm zu überschreiten und sich auf den in deutschem oder französischem Hoheitsgebiet befindlichen Bauwerken aufzuhalten.

(3) Die in Absatz 2 bezeichneten Personen müssen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben einen Ausweis, aus dem ihre Berechtigung hervorgeht, mit sich führen und jederzeit auf Verlangen vorzeigen.

Kapitel VIII Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 16

Gütliche Regelung

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit irgend möglich, durch die Vertragsparteien gütlich beigelegt werden; jede Vertragspartei kann zu diesem Zweck die Ständige Kommission um Stellungnahme bitten.

Artikel 17

Schiedsgerichtliche Regelung

(1) Kann eine Streitigkeit nicht nach Artikel 16 beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jede Vertragspartei einen Angehörigen ihres Staates als Schiedsrichter bestellt. Die beiden

Chapitre VII Questions frontalières

Article 15

(1) La détermination de la frontière tant sur le cours du Rhin que sur les barrages fixes fera l'objet d'un Accord particulier entre les Parties Contractantes.

(2) Les membres de la Commission permanente ainsi que les personnes chargées de la surveillance technique, de l'exploitation et de l'entretien des ouvrages auront, pour remplir leurs fonctions, le droit de franchir la frontière sur le barrage fixe et de séjourner sur les ouvrages situés en territoire allemand ou français.

(3) Les personnes désignées au paragraphe (2) du présent article devront, dans l'exercice de leurs fonctions, porter sur elles un document établissant leur qualité et le produire à toute réquisition.

Chapitre VIII Règlement des litiges

Article 16

Règlement amiable

Les litiges concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention devront, dans toute la mesure du possible, être réglés à l'amiable par les Parties Contractantes; chacune d'elles pourra à cet effet, demander l'avis de la Commission permanente.

Article 17

Règlement par un tribunal arbitral

(1) Au cas où un différend ne pourrait être réglé conformément à l'article 16 de la présente Convention, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties Contractantes.

(2) Le tribunal arbitral sera composé, dans chaque cas, de la façon suivante: chaque Partie Contractante désignera un arbitre choisi parmi ses ressortissants. Les

so bestellten Schiedsrichter ernennen einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staates ist. Sind die Schiedsrichter und der Obmann nicht binnen zwei Monaten seit der Antragstellung nach Absatz 1 bestellt worden, so kann jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so wird der Vizepräsident gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Die Bezüge der Schiedsrichter und die aus der Tätigkeit des Gerichts entstehenden Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Kapitel IX Schlußbestimmungen

Artikel 18 Bauprogramm

(1) Der Bau der Staustufe Gamsheim und Ifezheim erfolgt spätestens im Anschluß an die Inbetriebnahme der Schiffsanlagen der Staustufe Straßburg. Er wird mit den Bauarbeiten an der Staustufe Gamsheim begonnen und ohne Unterbrechung mit den Bauarbeiten an der Staustufe Ifezheim fortgesetzt; diese Arbeiten werden spätestens im Anschluß an die Inbetriebnahme der Schiffsanlagen der vorhergehenden Staustufe in Angriff genommen.

(2) Mit den im Rheinbett unterhalb der Staustufe Ifezheim auszuführenden Bauarbeiten wird so schnell wie möglich unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Inbetriebnahme der Schiffsanlagen der Staustufe Ifezheim begonnen. Hierbei sind die Verpflichtungen der Vertragsparteien gegenüber anderen Staaten, insbesondere im Rahmen der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt zu berücksichtigen.

Artikel 19 Anwendungsbereich des Vertrages im deutschen Hoheitsgebiet

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 20 Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Paris am 4. Juli 1969 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Willy Brandt

Für die Französische Republik
Maurice Schumann

deux arbitres ainsi désignés procéderont à la nomination d'un surarbitre ressortissant d'un Etat tiers. Si les arbitres et le surarbitre n'ont pas été désignés dans un délai de deux mois, à dater de la demande visée au paragraphe (1) du présent article, chaque Partie Contractante pourra demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président aurait la nationalité de l'une des Parties Contractantes, ou serait empêché pour un autre motif, le Vice-Président serait prié de procéder aux nominations nécessaires.

(3) Le tribunal arbitral statuera à la majorité des voix. Ses décisions lieront les Parties Contractantes. La rémunération des arbitres et les frais de fonctionnement du tribunal seront supportés à parts égales par les Parties Contractantes. Sur tous les autres points, le tribunal réglerà lui-même sa procédure.

Chapitre IX Dispositions finales

Article 18 Programme des travaux

(1) L'aménagement des chutes de Gamsheim et d'Ifezheim sera entrepris au plus tard dès la mise en service des ouvrages de navigation de la chute de Strasbourg. Il commencera par les travaux de la chute de Gamsheim et sera poursuivi sans interruption par les travaux de la chute d'Ifezheim, lesquels seront entrepris au plus tard dès la mise en service des ouvrages de navigation de la chute précédente.

(2) L'exécution des travaux dans le lit du Rhin en aval de la chute d'Ifezheim commencera le plus rapidement possible compte tenu de la date de mise en service des ouvrages de navigation de la chute d'Ifezheim. Il sera tenu compte des engagements des Parties Contractantes à l'égard d'autres Etats notamment au sein de la Commission Centrale pour la navigation du Rhin.

Article 19 Champ d'application de la Convention sur le territoire allemand

La présente Convention sera applicable au Land de Berlin, sauf déclaration contraire du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Française dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 20 Entrée en vigueur

La présente Convention entrera en vigueur à la date d'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Paris, le 4 juillet 1969, en quatre exemplaires, dont deux sont rédigés en allemand et deux en français, les quatre textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne
Willy Brandt

Pour la République Française
Maurice Schumann

Anlage I
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Ausbau des Rheins zwischen
Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg

Technische Merkmale der Bauwerke der Staustufen
Gamsheim und Iffezheim

(1) Die Staustufe Gamsheim umfaßt im wesentlichen folgende Bauwerke, die von der Französischen Republik zu errichten sind:

- ein bewegliches Wehr bei Rheinkilometer 309,1 mit Normalstau auf NN \pm 135,00 m außerhalb des Rheinbettes am rechten Ufer mit An- und Abströmungsbucht und mit einem Abführungsvermögen von mindestens 7 200 m³/s; es wird so betrieben, daß an der Nordeinfahrt zum Hafen Straßburg der Wasserstand NN \pm 136,00 m bei einer Wasserführung unter 2 660 m³/s nicht überschritten wird;
- einen Querdamm durch das Rheinbett zwischen dem beweglichen Wehr und dem Kraftwerk;
- Seitendämme, soweit notwendig mit Seitengraben versehen, längs des Rheins und bestimmter Nebenflüsse, wobei die Krone der Seitendämme gelegt wird
 - a) unterhalb der Kinzigmündung (Rheinkilometer 298,0) 0,20 m über einem Hochwasser von 7 200 m³/s am Wehr und 1,20 m über einem Hochwasser von 4 600 m³/s am Wehr,
 - b) oberhalb der Kinzigmündung (Rheinkilometer 298,0) 0,20 m über einem Hochwasser von 6 500 m³/s am Pegel Straßburg und 1,20 m über einem Hochwasser von 4 300 m³/s am Pegel Straßburg so weit, wie die entsprechenden Wasserspiegellinien nach Errichtung der Bauwerke höher liegen,
 - c) oberhalb des Einflußbereichs nach Buchstabe b) mit einem Freibord von 1,20 m über den Betriebswasserspiegellinien der Staustufe so weit, wie diese über den entsprechenden natürlichen Wasserspiegellinien liegen;
- die Umleitung bestimmter Nebenflüsse und die Anpassung der bestehenden Brücken über die Nebenflüsse an die neuen hydraulischen Verhältnisse;
- einen Schifffahrtskanal auf dem linken Ufer mit zwei Schleusen mit je 270 m nutzbarer Kammerlänge und 24 m Breite und einer Wassertiefe von mindestens 3,50 m bei GIW 62 an der Rückführung in den Strom bei freiem Abfluß und von mindestens 4,00 m unter dem hydrostatischen Stau der nächstfolgenden Staustufe;
- eine Anströmungsbucht und einen Ablaukanal für das Kraftwerk.

Die Staustufe Gamsheim umfaßt ferner folgende, von der Gesellschaft zu errichtende Bauwerke:

- ein Kraftwerk am linken Ufer mit Rohrturbinen mit einer Schluckfähigkeit von insgesamt 1 000 bis 1 100 m³/s;
- die notwendigen Nebenanlagen des Kraftwerks; dazu gehören insbesondere die Umspannanlage und die Werkwohnungen.

(2) Die Staustufe Iffezheim umfaßt im wesentlichen folgende Bauwerke, die von der Bundesrepublik Deutschland zu errichten sind:

- ein bewegliches Wehr bei Rheinkilometer 334,0 mit Normalstau auf NN \pm 123,60 m außerhalb des Rheinbettes am linken Ufer mit An- und Abströmungsbucht und mit einem Abführungsvermögen von mindestens 7 500 m³/s;

Annexe I
à la Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République Française
au sujet de l'aménagement du Rhin entre
Kehl/Straasbourg et Neuburgweier/Lauterbourg

Caractéristiques techniques des ouvrages des chutes
de Gamsheim et d'Iffezheim

(1) La chute de Gamsheim comportera essentiellement les ouvrages suivants à réaliser par la République Française:

- un barrage mobile au PK 309,1 avec retenue normale à la cote 135,00 m \pm NN implanté hors du lit du Rhin, sur la rive droite, avec anses d'alimentation et de restitution, capable d'évacuer au moins une crue de 7 200 m³/s; il sera manœuvré de telle façon que la cote 136,00 m \pm NN ne soit pas dépassée au droit de l'avant port nord de Strasbourg pour les débits inférieurs à 2 660 m³/s;
- un barrage fixe traversant le lit entre le barrage mobile et l'usine hydroélectrique;
- des digues latérales au Rhin et à certains de ses affluents, dotées en tant que de besoin de contre-canaux, et arasées:
 - a) en aval de l'embouchure de la Kinzig (PK 298,00) à 0,20 m au-dessus d'un niveau de crue de 7 200 m³/s au barrage, et 1,20 m au-dessus d'un niveau de crue de 4 600 m³/s au barrage,
 - b) en amont de l'embouchure de la Kinzig (PK 298,00) à 0,20 m au-dessus d'un niveau de crue de 6 500 m³/s, à l'échelle de Strasbourg, et 1,20 m au-dessus d'un niveau de crue de 4 300 m³/s, à l'échelle de Strasbourg dans les limites de l'exhaussement de lignes d'eau,
 - c) en amont des limites fixées sous b) avec une revanche de 1,20 m sur les lignes d'eau d'exploitation de la chute, dans la mesure où les niveaux naturels sont modifiés;

la déviation de certains affluents et l'adaptation des ponts existants sur les affluents aux nouvelles conditions hydrauliques;

un canal de navigation sur la rive gauche muni de deux écluses disposant chacune d'une longueur utile de sas de 270 m et d'une largeur de 24 m et d'un mouillage d'au moins 3,50 m sous l'étiage équivalent de 1962 au point de restitution au fleuve à courant libre et d'au moins 4,00 m sous la retenue hydrostatique de la chute suivante;

une prise d'eau en rivière et un canal de fuite pour l'usine hydroélectrique.

La chute de Gamsheim comportera également les ouvrages suivants, à réaliser par la Société concessionnaire:

- une usine hydroélectrique sur la rive gauche avec groupes bulbes capables d'absorber au total un débit de 1 000 à 1 100 m³/s;
- les ouvrages annexes nécessaires à l'usine, notamment le poste de transformation et la cité d'exploitation.

(2) La chute d'Iffezheim comportera essentiellement les ouvrages suivants à réaliser par la République fédérale d'Allemagne:

- un barrage mobile au PK 334,0 avec retenue normale à la cote 123,60 m \pm NN, implanté hors du lit du Rhin, sur la rive gauche, avec anses d'alimentation et de restitution, capable d'évacuer au moins une crue de 7 500 m³/s;

- einen Querdamm durch das Rheinbett zwischen dem beweglichen Wehr und dem Kraftwerk;
 - Seitendämme, soweit notwendig mit Seitengräben versehen, langs des Rheins und bestimmter Nebenflüsse wobei die Krone der Seitendämme 0,20 m über einem Hochwasser von 7.500 m³/s am Wehr und 1,20 m über einem Hochwasser von 4.800 m³/s am Wehr gelegt wird;
 - die Umleitung bestimmter Nebenflüsse und die Anpassung der bestehenden Brücken über die Nebenflüsse an die neuen hydraulischen Verhältnisse;
 - einen Schifffahrtskanal auf dem rechten Ufer mit zwei Schleusen mit je 270 m nutzbarer Kammerlänge und 24 m Breite und einer Wasserhöhe von mindestens 3,50 m bei GW 62 an der Rückführung in den Strom bei freiem Abfluß und von mindestens 4,00 m unter dem hydrostatischen Stau einer etwaigen nächstfolgenden Staustufe;
 - eine Anströmungsbucht und einen Ablaukanal für das Kraftwerk;
 - eine Brücke über den unteren Schifffahrtskanal im Zuge des Rheinübergangs Wintersdorf-Roppenheim, es sei denn, daß die Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren.
- Die Staustufe Itzheim umfaßt ferner folgende, von der Gesellschaft zu errichtende Bauwerke:
- ein Kraftwerk am rechten Ufer mit Rohrturbinen mit einer Schluckfähigkeit von insgesamt 1 000 bis 1 100 m³/s;
 - die notwendigen Nebenanlagen des Kraftwerks; dazu gehören insbesondere die Umspannanlage und die Werkwohnungen.

Anlage II
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Ausbau des Rheins zwischen
Kehl/Strasbourg und Neuburgweier/Lauterburg

Gesellschaften

(1) Die Vertragsparteien treffen alle Maßnahmen, damit die beiden Gesellschaften für die Staustufe Gamsheim einerseits und die Staustufe Itzheim andererseits ihre Rechtsform unter Berücksichtigung gegebenenfalls bestehender Unterschiede zwischen dem deutschen und dem französischen Recht so übereinstimmend wie möglich festlegen.

Die folgenden Grundsätze sind in jedem Falle zu beachten:

- Jede Gesellschaft besteht aus zwei Gesellschaftspartnern, von denen jede Vertragspartei einen Partner stellt;
- die Gesellschaftspartner sind paritätisch in den Organen jeder Gesellschaft vertreten;
- in jeder Gesellschaft ernennen die Gesellschaftspartner, soweit möglich, dieselben Vertreter, ohne daß diese notwendigerweise dieselben Funktionen ausüben.

(2) Die Entwürfe der Satzung jeder Gesellschaft werden nach Stellungnahme der Ständigen Kommission nach Artikel 14 des Vertrages den Vertragsparteien zur Genehmigung vorgelegt.

Jede Vertragspartei kann einen Kommissar ernennen, der das Recht hat, beratend an den Hauptversammlungen und den Sitzungen des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates jeder Gesellschaft teilzunehmen.

(3) Wenn es möglich erscheint, eine einzige Gesellschaft europäischen Rechts zu schaffen, werden sich die

-- un barrage fixe traversant le lit entre le barrage mobile et l'usine hydroélectrique;

des digues latérales au Rhin et à certains de ses affluents, dotées en tant que de besoin de contre-canaux, et arasées à 0,20 m au-dessus d'un niveau de crue de 7.500 m³/s au barrage, et 1,20 m au-dessus d'un niveau de crue de 4.800 m³/s au barrage;

-- la déviation de certains affluents et l'adaptation des ponts existants sur les affluents aux nouvelles conditions hydrauliques;

-- un canal de navigation sur la rive droite muni de deux écluses disposant chacune d'une longueur utile se sas de 270 m et d'une largeur de 24 m, et d'un mouillage d'au moins 3,50 m sous l'étiage équivalent de 1962, au point de restitution au fleuve à courant libre et d'au moins 4,00 m sous la retenue hydrostatique de la chute éventuelle suivante;

-- une prise d'eau en rivière et un canal de fuite pour l'usine hydroélectrique;

-- un pont sur le canal aval de navigation en prolongement de l'ouvrage de franchissement du Rhin entre Wintersdorf-Roppenheim, à moins que les Parties Contractantes ne conviennent d'autres dispositions.

La chute d'Itzheim comportera également les ouvrages suivants, à réaliser par la Société concessionnaire:

-- une usine hydroélectrique, sur la rive droite, avec groupes bulbes capables d'absorber au total un débit de 1.000 à 1.100 m³/s;

-- les ouvrages annexes nécessaires à l'usine, notamment le poste de transformation et la cité d'exploitation.

Annexe II
à la Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République Française
au sujet de l'aménagement du Rhin entre
Kehl/Strasbourg et Neuburgweier/Lauterbourg

Sociétés concessionnaires

(1) Les Parties Contractantes prendront toutes dispositions afin que les Sociétés concessionnaires pour les chutes de Gamsheim d'une part, Itzheim d'autre part, établissent leur statut juridique de façon aussi concordante que possible, eu égard aux différences existant, le cas échéant, entre le droit allemand et le droit français.

Les principes suivants devront en tout état de cause être retenus:

- chaque Société comprendra deux associés, chacun relevant d'une des Parties Contractantes;
- les associés seront représentés paritairement au sein des organes de chaque Société;
- dans chaque Société, les associés désignent, dans toute la mesure du possible, les mêmes représentants sans que ceux-ci exercent nécessairement les mêmes fonctions.

(2) Les projets de statut de chaque Société seront, après avis de la Commission permanente visée à l'article 14 de la Convention, soumis à l'approbation des Parties Contractantes.

Chacune des Parties Contractantes pourra désigner un commissaire ayant le droit de participer à titre consultatif aux assemblées générales ainsi qu'aux séances du Conseil d'administration ou du Conseil de surveillance de chaque Société.

(3) S'il apparaît possible de constituer une seule Société de droit européen, les Parties Contractantes se

Vertragsparteien absprechen, um nach Stellungnahme der Gesellschaften alle notwendigen Vorkehrungen zur Förderung dieses Zusammenschlusses zu treffen.

concerteront afin de prendre toutes dispositions nécessaires pour favoriser cette fusion, après avoir recueilli l'avis des Sociétés concessionnaires.

Anlage III
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Ausbau des Rheins zwischen
Kehl/Straßburg und Neuburgweiler/Lauterburg

Wasserrechtliche Bewilligungen und finanzieller Beitrag
der Gesellschaften

(1) Die wasserrechtlichen Bewilligungen werden für jedes Kraftwerk von den Vertragsparteien nach den in dem betreffenden Staat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf die Dauer von 75 Jahren erteilt.

(2) Die wasserrechtlichen Entscheidungen und ihre etwaigen Änderungen werden nach den Empfehlungen der in Artikel 14 des Vertrages vorgesehenen Ständigen Kommission aufeinander abgestimmt. Sie ergehen gebührenfrei.

(3) Die Vertragsparteien teilen einander ihre wasserrechtlichen Entscheidungen und deren etwaige Änderungen mit und setzen sie zum gleichen Zeitpunkt in Kraft.

(4) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß die Gesellschaften gemeinsam Anweisungen für den Betrieb ihrer Kraftwerke im Hinblick auf die Regelung des Abflußvorganges, insbesondere auf die Bestimmungen in Artikel 6 Absatz 3 des Vertrages, und unter Berücksichtigung ihres Rechts, Schwellbetrieb durchzuführen, ausarbeiten. Die Anweisungen sind der in Artikel 14 des Vertrages vorgesehenen Ständigen Kommission zur Genehmigung vorzulegen.

(5) Der in Artikel 4 Absatz 8 des Vertrages vorgesehene finanzielle Beitrag der Gesellschaften wird pauschal festgesetzt auf

15 000 000 FF = 12 152 985 DM

für die Staustufe Gamsheim, bezogen auf eine ermittelte durchschnittliche jährliche Nettoerzeugung von 595 000 000 kWh,

24 305 970 DM = 30 000 000 FF

für die Staustufe Iffezheim, bezogen auf eine ermittelte durchschnittliche jährliche Nettoerzeugung von 685 000 000 kWh.

Diese Produktionszahlen berücksichtigen die Entschädigungen nach Artikel 8 des Vertrages und die Wasserverluste für Schleusungen.

Jede Vertragspartei erhält entsprechend dem Baufortschritt den Beitrag für die Staustufe, für die sie Bauherr ist.

Zu diesem Zweck setzen die Vertragsparteien gleiche jährliche Raten entsprechend der für jede Staustufe vorgesehenen Bauzeit fest. Die Raten sind im Januar jedes Kalenderjahres zu zahlen.

Annexe III
à la Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République Française
au sujet de l'aménagement du Rhin entre
Kehl/Strasbourg et Neuburgweiler/Lauterbourg

Concessions de forces hydrauliques et contribution
financière des Sociétés concessionnaires

(1) Les concessions de forces hydrauliques seront délivrées pour chaque usine, pour une durée de 75 ans, par les Parties Contractantes, conformément à la législation et à la réglementation en vigueur dans chacun des deux Etats.

(2) Les actes de concession et leurs modifications éventuelles seront harmonisés suivant les recommandations de la Commission permanente visée à l'article 14 de la Convention. Ils seront délivrés en exemption de tous droits.

(3) Les Parties Contractantes se communiqueront leurs décisions au sujet des actes de concession et de leurs modifications éventuelles qu'elles mettront en vigueur à la même date.

(4) Les Parties Contractantes veilleront à ce que les Sociétés concessionnaires établissent en commun des consignes d'exploitation des usines hydroélectriques, compte tenu du régime d'écoulement des eaux, notamment des dispositions de l'article 6, paragraphe (3), de la Convention, ainsi que du droit des Sociétés concessionnaires de faire fonctionner leurs usines par éclusées. Elles seront soumises pour approbation à la Commission permanente visée à l'article 14 de la Convention.

(5) La contribution financière des Sociétés concessionnaires, visée à l'article 4, paragraphe (8), de la Convention, est fixée forfaitairement à:

15.000.000 francs soit 12.152.985 deutschmark

pour la chute de Gamsheim sur la base d'une production annuelle moyenne nette évaluée à 595 millions de kWh —

24.305.970 deutschmark soit 30.000.000 francs

pour la chute d'Iffezheim sur la base d'une production annuelle moyenne nette évaluée à 685 millions de kWh.

Ces chiffres de production tiennent compte des indemnités visées à l'article 8 de la Convention et des pertes d'eau pour éclusages.

Chaque Partie Contractante recevra au fur et à mesure de la construction des ouvrages la contribution relative à la chute dont elle est maître d'œuvre.

A cet effet, les Parties Contractantes détermineront des versements annuels égaux en fonction de la durée prévue pour la construction de chaque chute. Ils seront exigibles au mois janvier de chaque année calendaire.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschiener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zutreffender Reihenfolge nach ihrer Ausrückung veröffentlicht. Laufender Bezug nur im Postabonnement.

Im Teil III wird das als fortlaufend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 457) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden. Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 9,95 DM. Der Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Vorauszahlung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399, oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 1,30 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorauszahlung zuzüglich Postkosten für die Vorauszahlung. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 3,5 %.